

**Jahresabschluss (HGB) der
Landwirtschaftlichen Rentenbank
zum 31.12.2013**



Inhaltsverzeichnis

Zusammengefasster Lagebericht.....	1
Jahresbilanz	66
Gewinn- und Verlustrechnung	68
Anhang für das Geschäftsjahr 2013.....	70
Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats	87
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	91
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	92
Bericht des Verwaltungsrats	93

Zusammengefasster Lagebericht

Inhaltsverzeichnis

Grundlagen des Konzerns	5
Konzernstruktur.....	5
Förderauftrag	5
Steuerungssystem	6
Wirtschaftsbericht.....	8
Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen.....	8
Geschäftsverlauf.....	10
Lage.....	12
Ertragslage	12
Finanzlage	18
Vermögenslage.....	23
Sonstige Leistungsindikatoren	24
Nachtragsbericht	25
Prognose- und Chancenbericht	25
Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen	25
Prognose der Geschäftsentwicklung.....	27
Chancen und Risiken	29
Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr	30
Risikobericht	30
Organisation des Risikomanagements.....	31
Adressenausfallrisiken	33
Marktpreisrisiken	47

Liquiditätsrisiken.....	54
Operationelle Risiken.....	56
Regulierungs- und Reputationsrisiken	58
Risikotragfähigkeit – „Going Concern-Ansatz“	59
Risikodeckungspotenzial	59
Risikoszenarien.....	60
Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“	63
Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung	63
Aufsichtsrechtliche Eigenmittel	64
Rechnungslegungsprozess	64

Der zusammengefasste Lagebericht besteht aus dem Konzernlagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Konzern nach IFRS) und dem Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Rentenbank nach HGB). Er wurde gemäß §§ 289 i. V. m. 315, 315a Handelsgesetzbuch (HGB) sowie erstmalig nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 erstellt.

Der Unterschied zwischen Konzern und Rentenbank ist aufgrund der untergeordneten Bedeutung der konsolidierten Tochtergesellschaften LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), Frankfurt am Main, und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV), Frankfurt am Main, gering. Die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht gelten daher grundsätzlich sowohl für den Konzern als auch für die Rentenbank. In der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind die spezifischen Angaben zur Rentenbank auf Basis der HGB-Rechnungslegung jeweils am Ende des entsprechenden Abschnitts dargestellt.

Grundlagen des Konzerns

Konzernstruktur

Die Rentenbank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie unterhält keine Zweigniederlassungen.

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Zum Konzern gehören neben der Rentenbank drei Tochtergesellschaften: LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV) und Getreide-Import Gesellschaft mbH (GIG). Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Für die LRB hat die Rentenbank eine Patronatserklärung abgegeben. Die Tochtergesellschaften refinanzieren sich ausschließlich konzernintern.

Förderauftrag

Abgeleitet aus dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank ist die Aufgabe des Konzerns die Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raums. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist auf diesen Förderauftrag ausgerichtet. Die Risikostruktur des Konzerns wird wesentlich von den durch Gesetz und Satzung der Bank vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank zweckgebundene Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Im Rahmen der Programmkredite werden die Refinanzierungsdarlehen wettbewerbsneutral im sogenannten Hausbankverfahren für Vorhaben in Deutschland vergeben. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur bzw. der Fischwirtschaft. Finanziert werden ebenfalls Vorhaben der

Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen, Investitionen in erneuerbare Energien sowie Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum.

Steuerungssystem

Die Rentenbank verfolgt die folgenden Ziele im Rahmen der Geschäftsstrategie:

- Optimale Umsetzung des Förderauftrags und kontinuierliche Weiterentwicklung des Fördergeschäfts
- Erbringung der Förderleistung aus eigenen Mitteln
- Erzielung eines angemessenen Betriebsergebnisses
- Geringe Risikotoleranz

Die strategischen Ziele werden segmentbezogen dargestellt. Die Segmente unterteilen sich in:

- „Fördergeschäft“

Das Segment „Fördergeschäft“ umfasst das Förderkreditgeschäft, das verbriefte Fördergeschäft sowie die langfristige Refinanzierung des Konzerns. Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen. Die Geschäfte werden weitestgehend mit anderen Banken getätigt. Das verbriefte Fördergeschäft umfasst vor allem Investitionen in Wertpapiere zur Sicherung der Liquidität der Bank. Sie dienen damit auch und insbesondere der Erfüllung bankregulatorischer Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Der Konzern hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken, wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations).

- „Kapitalstockanlage“

Das Segment „Kapitalstockanlage“ beinhaltet die Anlage des bilanziellen Eigenkapitals und der langfristigen Rückstellungen. Investiert wird im Wesentlichen in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen sowie Namenspapiere anderer Banken.

- „Treasury Management“

Im Segment „Treasury Management“ werden die kurzfristige Liquidität sowie das kurzfristige Zinsänderungsrisiko gesichert und gesteuert.

Bei den verwendeten wesentlichen Kennzahlen für die Messung der strategischen Ziele im Rahmen des Steuerungssystems wird zwischen finanziellen und nicht-finanziellen Leistungsindikatoren unterschieden.

Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen:

- Operatives Ergebnis

Die Tätigkeit der Rentenbank ist nicht primär auf Gewinnerzielung ausgerichtet, erfolgt aber unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Grundsätze. Dies schließt ertragsorientiertes Handeln zur langfristigen Sicherung der Förderfähigkeit im Konzern ein. Mit dem operativen Ergebnis wird eine solide Kapitalbasis geschaffen. Sie dient dazu, sowohl den steigenden regulatorischen Anforderungen zu entsprechen als auch die benötigten Mittel für die wachsende Nachfrage nach Programmkrediten bereitzustellen. Ertragsorientiertes Handeln und stabile Erträge sind außerdem eine Voraussetzung dafür, dass die Fördertätigkeit ohne öffentliche Zuschüsse erbracht werden kann. Die Rentenbank nutzt dabei ihre hohe Bonität als staatliches Förderinstitut, kombiniert mit einer entsprechenden Kapitalmarktstrategie, um sich günstig zu refinanzieren. Die Fördertätigkeit profitiert darüber hinaus auch von den Erträgen aus dem verbrieften und allgemeinen Fördergeschäft sowie von der hohen Kosteneffizienz der Prozesse innerhalb des Konzerns.

- Cost Income Ratio

Die Cost Income Ratio betrachtet als Leistungsindikator für die Kosten-/Ertragsrelation den effizienten Umgang mit den Ressourcen der Bank. Dieser Leistungsindikator wird sowohl durch Veränderungen des Aufwands (Zähler) als auch des Ertrags (Nenner) beeinflusst. Dadurch ist der Indikator naturgemäß anfällig gegenüber kurzfristigen Schwankungen der Erträge. Die Cost Income Ratio wird stets nachhaltig über einen längeren Zeitraum beobachtet und durch regelmäßige Analysen der Entwicklung des Aufwands ergänzt.

- Förderdividende

Der Leistungsindikator Förderdividende fasst die gesamte quantitative Förderleistung innerhalb eines Geschäftsjahres zusammen. Er beinhaltet die zur Verbilligung der vergebenen Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn sowie die sonstigen Förderleistungen, wie z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung oder Mittel, die von der Bank für Zuschüsse im Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung gestellt werden.

Die drei genannten finanziellen Leistungsindikatoren bzw. deren wesentliche Komponenten werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung ermittelt und Planwerten gegenübergestellt. In der Mehrjahresplanung werden sie ebenfalls separat ausgewiesen.

Zu den nicht-finanziellen Leistungsindikatoren zählen das gesellschaftliche Engagement, die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern sowie die Einhaltung der gesetzlichen und

aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Diese werden überwiegend qualitativ im Rahmen der Geschäftsstrategien gesteuert.

Weitere Informationen zu den finanziellen Leistungsindikatoren sind in den Abschnitten zur Ertragslage, Finanzlage und der Vermögenslage der Rentenbank sowie im Prognosebericht enthalten. Die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren werden in einem gesonderten Abschnitt näher erläutert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen

Internationale Zins- und Geldpolitik

Das Jahr 2013 war – wie schon das Vorjahr – international von einer sehr expansiven Zins- und Geldpolitik geprägt, die im Jahresverlauf insbesondere im Euroraum weiter gelockert wurde.

Die Europäische Zentralbank (EZB) veränderte in den ersten Monaten des Jahres ihren Zinssatz für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 0,75 % zunächst nicht. Vor dem Hintergrund niedriger Inflationserwartungen, eingetrübter Konjunkturaussichten und eines verhaltenen Geldmengen- und Kreditwachstums im Euroraum senkte die EZB diesen Satz im Mai auf 0,5 %, um die Wirtschaftserholung im weiteren Jahresverlauf zu unterstützen. Im Hinblick auf die anhaltende Unsicherheit im Finanzsektor und um stabile Geldmarktbedingungen zu schaffen, kündigte die EZB Anfang Juli außerdem an, die Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen („Forward Guidance“). Anfang November senkte die EZB den Leitzins überraschend auf 0,25 %, da sie auf mittlere Sicht einen abnehmenden Preisdruck im Euroraum erwartete. Die im Dezember 2011 und Februar 2012 begebenen Drei-Jahres-Tender der EZB sorgten auch 2013 für eine strukturelle Überliquidität im Bankensektor und damit für niedrige Zinsen für Tagesgeld. Durch zusätzliche Rückzahlungen des Bankensektors an die EZB verringerte sich die Überliquidität zum Jahresende 2013. Die Geldmarktsätze stiegen leicht an.

Im Gegensatz zur EZB beschloss die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) am Jahresende 2013, ihren expansiven geldpolitischen Kurs zurückzunehmen. Sie reduzierte ihr Ankaufprogramm von Staatsanleihen und Hypothekenspapieren zunächst von 85 Mrd. USD auf 75 Mrd. USD monatlich.

Entwicklung des langfristigen Zinsniveaus

Zu Beginn des Jahres 2013 zeichnete sich eine gewisse Beruhigung an den Kapitalmärkten ab. Aus diesem Grund stiegen die langfristigen Renditen sicherer Anlageformen wie Bundesanleihen in den ersten Wochen des Jahres zunächst an.

Mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit Zyperns im März verschärfte sich die Finanzmarktkrise erneut. Entsprechend ging die Risikobereitschaft vieler Investoren zurück und die Renditen sicherer Anlagen sanken wieder. Die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen fiel im Mai auf ein Jahrestief von 1,17 %. Die Aussicht, dass die Fed schrittweise aus ihrer extrem expansiven Geldpolitik aussteigen könnte, sowie eine leichte Entspannung der Euroschuldenkrise ließen die Renditen jedoch wieder steigen. Infolge der Haushaltskrise in den USA im Oktober gingen sie allerdings vorübergehend zurück. Am Jahresende rentierten zehnjährige Bundesanleihen bei 1,94 %.

Entwicklung bei den Hausbanken und in der deutschen Landwirtschaft

Das anhaltend niedrige Zinsniveau trägt dazu bei, dass Banken die Rentenbank verstärkt als Refinanzierer insbesondere für mittel- und langfristige Kredite nutzen und somit Zinsänderungsrisiken vollständig eliminieren. Die Hausbanken fragten die Mittel der Rentenbank mit ihren niedrigen Abgabesätzen und den durch das RGZS (Risikogerechtes Zinssystem) festgelegten Margen sehr gut nach.

Dieser Effekt wird verstärkt durch die gestiegenen regulatorischen Anforderungen für Kreditinstitute, insbesondere die aus Basel III resultierenden Liquiditätskennziffern Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR). Ziel der Liquiditätskennziffern ist es, die kurzfristige (LCR) sowie die längerfristige Fristentransformation (NSFR) zu beschränken. Dadurch sollen Banken in die Lage versetzt werden, auch in Stressphasen liquide zu bleiben. Die LCR soll 2015 verbindlich eingeführt werden. Jedoch müssen erst 2019 – nach schrittweiser Erhöhung – 100 % der geforderten Liquiditätspolster erreicht werden. Über die Einführung der NSFR ab dem Jahr 2018 wird erst zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Bereits heute achten die Hausbanken aber darauf, ihre Bilanzen dahingehend anzupassen. Die Rentenbank wird somit durch die stabile Bereitstellung von langfristigen Refinanzierungsmitteln zu einem immer wichtigeren Partner für die Banken.

Für die Nachfrage nach Förderkrediten ist jedoch nicht nur die Finanzmarktsituation relevant, sondern vor allem die Investitionstätigkeit in den für uns relevanten Geschäftsfeldern. Im Jahr 2013 sorgten hohe Agrarpreise für eine anhaltend positive wirtschaftliche Stimmung. Die 2013 verabschiedete Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik schafft zudem Planungssicherheit bis zum Jahr 2020. Die

Einschnitte bei den Direktzahlungen und die Umweltauflagen fielen geringer aus als erwartet.

In allen Betriebsformen – Ackerbau, Milchviehhaltung und Veredlungswirtschaft – ist die Stimmungslage weiterhin gut. Insbesondere die Ackerbaubetriebe blicken auf ein erfolgreiches Wirtschaftsjahr zurück. Im Sommer 2013 sanken zwar die Preise für Getreide, dem wichtigsten Ackerbauprodukt; sie bewegen sich im langjährigen Vergleich aber immer noch auf einem hohen Niveau. Bei Gebäudeinvestitionen, dem größten Bereich in der Fördersparte „Landwirtschaft“, dominierte der Stallbau. Die wirtschaftliche Situation in der Tierhaltung war gut. Durch die Kombination aus steigenden Milchpreisen und wegfallenden Produktionsbeschränkungen war die Nachfrage nach Förderkrediten in der Milchviehhaltung besonders hoch. Auch die Veredlungswirtschaft blickt auf ein erfolgreiches Wirtschaftsjahr mit steigenden Unternehmensgewinnen zurück.

Die günstigen Rahmenbedingungen, die positive wirtschaftliche Situation und nicht zuletzt die niedrigen Zinsen führten dazu, dass Landwirte kräftig investierten und Förderkredite nachfragten.

Auch im vor- und nachgelagerten Bereich führt die gute Grundstimmung in der Landwirtschaft zu einer starken Investitionstätigkeit. Dies spiegelt sich in unserer Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ wider.

In der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ bestimmt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Investitionsdynamik. Das EEG wird regelmäßig angepasst. Nach der Novellierung Mitte 2012 kam der Anlagenneubau im Biogasbereich weitgehend zum Erliegen. Die Anreize zur Flexibilisierung der Stromeinspeisung und Möglichkeiten zu Anschlussinvestitionen bei bestehenden Anlagen sorgten dennoch für eine stabile Geschäftsentwicklung. Der Bereich Fotovoltaik musste im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Kürzung der Einspeisevergütung im ersten Halbjahr 2012 erwartungsgemäß besonders hohe Einbußen hinnehmen. Nun ist der Zubau über die Entwicklung der Einspeisevergütung gesetzlich gedeckelt. Vom gestiegenen Zubau im Bereich Windenergie (29 % über Vorjahr) konnten wir aufgrund der attraktiven Konditionen und der zunehmenden Verbreitung des – von uns in einem speziellen Programm unterstützten – Finanzierungsmodells „Bürger- und Bauernwindpark“ überproportional profitieren.

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2013 durch eine weiterhin lebhaftere Nachfrage nach Förderfinanzierungen gekennzeichnet. Programmkredite waren insbesondere wegen der regen Investitionstätigkeit aufgrund guter Rahmenbedingungen im Agrarsektor sehr gefragt. Wie im Prognosebericht für 2013 dargestellt ist die Nachfrage nach Förderkrediten im Bereich „Ländliche Entwicklung“ stabil geblieben sowie

in den Bereichen „Landwirtschaft“ und „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ gestiegen. Abweichend von der Prognose ist die Nachfrage im Bereich „Erneuerbare Energien“ aufgrund eines unerwartet hohen Refinanzierungsbedarfs für Investitionen in Windenergie gestiegen. Das Fördervolumen, das sich aus Programmkrediten, allgemeinen Förderkrediten und verbrieften Fördergeschäften zusammensetzt, erreichte in der Bilanz insgesamt 75,0 Mrd. € (78,6 Mrd. €, die Werte in den Klammern beziehen sich auf den 31.12.2012) und lag damit um 4,6 % unter dem Vorjahr. Während unsere Prognose für 2013 noch von einem gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderten Neugeschäftsvolumen ausgegangen war, konnte das Neugeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 11,6 Mrd. € (10,4 Mrd. €) insbesondere dank der günstigen Rahmenbedingungen bei den Programmkrediten sogar noch etwas gesteigert werden. Dadurch wuchs der Bestand an Programmkrediten um 3,6 Mrd. € bzw. 12 % auf 33,7 Mrd. € (30,1 Mrd. €). Das Volumen des verbrieften Fördergeschäfts ging dagegen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund höherer Fälligkeiten zurück.

Die benötigten Fremdmittel konnte sich die Rentenbank erneut zu günstigen Konditionen beschaffen, da Finanzinvestoren sichere Anlagen präferierten. Im Berichtsjahr nahm die Bank an den nationalen und internationalen Finanzmärkten nominal 10,2 Mrd. € (9,6 Mrd. €) auf. Dies entsprach der Prognose für 2013. Für die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt wurden dabei folgende Instrumente eingesetzt:

	2013		2012	
	Mrd. €	%	Mrd. €	%
Euro Medium Term Note (EMTN)	6,7	65,7	6,3	65,6
AUD-Medium Term Note (MTN)	2,1	20,6	1,1	11,5
Globalanleihen	1,4	13,7	2,2	22,9
Summe	10,2	100,0	9,6	100,0

Lage

Ertragslage

Ertragslage Konzern

	01.01. bis 31.12.2013	01.01. bis 31.12.2012	Änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1) Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Förderbeitrag	333,7	365,9	-32,2
Risikovorsorge/Förderbeitrag	34,5	20,7	13,8
Verwaltungsaufwendungen	55,2	48,9	6,3
Übriges Ergebnis	-5,2	3,2	-8,4
Operatives Ergebnis	238,8	299,5	-60,7
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge- Bewertung	221,2	-55,7	276,9
Konzernjahresüberschuss	460,0	243,8	216,2
2) Sonstiges Ergebnis			
Ergebnis aus Available for Sale-Instrumenten	250,4	583,8	-333,4
Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste aus Pensionsverpflichtungen	-5,8	-18,0	12,2
3) Konzerngesamtergebnis	704,6	809,6	-105,0

Operatives Ergebnis

Das Operative Ergebnis für das Geschäftsjahr 2013 lag mit 238,8 Mio. € um 60,7 Mio. € oder 20,3 % erwartungsgemäß unter dem Vorjahr (299,5 Mio. €), jedoch historisch immer noch auf relativ hohem Niveau. Die Entwicklung entsprach der Vorjahresprognose, in der ein Rückgang von 20,0 % erwartet wurde. Die Zinserträge einschließlich der Ergebnisbeiträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen addierten sich auf 3 678,3 Mio. € (3 959,5 Mio. €). Abzüglich der Zinsaufwendungen von 3 344,6 Mio. € (3 593,6 Mio. €) ergab sich ein Zinsüberschuss von 333,7 Mio. € (365,9 Mio. €). Fälligkeiten von Geschäften mit hohen Margen und Neugeschäftsabschlüsse mit geringeren Margen führten insgesamt zu rückläufigen Bestandsmargen. Der Rückgang im Zinsüberschuss von 32,2 Mio. € bzw. 8,8 % spiegelt vor allem die wie erwartet rückläufigen Bestandsmargen sowie die Folgen des anhaltenden Niedrigzinsumfelds wider.

Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich um 13,8 Mio. € bzw. 66,6 % im Wesentlichen durch die Erhöhung des Förderbeitrags in Höhe von 22,9 (20,8 Mio. €) sowie die Zuführung zur Portfoliowertberichtigung in Höhe von 11,7 Mio. € (0,0 Mio. €).

Der Förderbeitrag spiegelt im Wesentlichen die zukünftige Zinsunterdeckung der Rentenbank durch die gewährte Zinsverbilligung bei der Vergabe von Programmkrediten wider. Zum Zeitpunkt der Zusage entsteht ein Förderaufwand, der über die Restlaufzeit des Geschäfts zu einem entsprechenden Förderertrag führt. Der Aufwand für die Zuführung zum Förderbeitrag stieg um 6,7 Mio. € auf 81,6 Mio. € (74,9 Mio. €), die Erträge aus dem Verbrauch um 4,6 Mio. € auf 58,7 Mio. € (54,1 Mio. €).

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Da der Konzern Kredite nahezu ausschließlich über andere Banken auslegt, werden eventuelle Verluste zeitnah identifiziert. Für das grundsätzlich bestehende Restrisiko, bereits entstandene Verluste noch nicht erkannt zu haben, wird für zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Forderungen erstmalig zum Bilanzstichtag eine Portfoliowertberichtigung auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlustes bestimmt. Die gegenüber dem Vorjahr geänderte Schätzung noch nicht erkannter Verluste, führte zur Bildung einer Portfoliowertberichtigung von 11,7 Mio. € und damit entsprechend zu der erhöhten Risikovorsorge.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich entsprechend unserer Prognose für 2013 deutlich um 12,9 % auf 55,2 Mio. € (48,9 Mio. €). Die darin enthaltenen Personalaufwendungen lagen mit 32,0 Mio. € (31,1 Mio. €) um 0,9 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Löhne und Gehälter einschließlich Sonderzahlungen stiegen um 1,6 Mio. € auf 22,2 Mio. €. Dies ist vor allem auf die wie erwartet im Jahresdurchschnitt gestiegene Anzahl an Mitarbeitern (durchschnittlich 256 gegenüber 250 im Vorjahr) sowie die Tarifierhöhungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen stiegen auf 4,6 Mio. € (2,2 Mio. €). Grund hierfür waren insbesondere planmäßige Abschreibungen auf in den Vorjahren aktivierte Projektausgaben für die Einführung neuer IT-Systeme.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 3,0 Mio. € bzw. 19,2 % auf 18,6 Mio. €. Darin enthalten sind insbesondere IT-Aufwendungen, die sich deutlich um 2,1 Mio. € auf 9,9 Mio. € erhöhten. Ursache dafür waren vor allem die erforderlichen Investitionen zur Erfüllung zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen sowie für notwendige Verbesserungen der Infrastruktur, insbesondere die Implementierung des neuen Handels- und Risikomanagementsystems. Die übrigen Sachaufwendungen veränderten sich dagegen kaum.

Das Übrige Ergebnis reduzierte sich insbesondere durch die Einführung des Programms zur Finanzierung von Forschungsvorhaben zur Förderung von Innovationen in der Landwirtschaft. Außerdem gab es im Vorjahr positive Einmaleffekte durch die Veräußerung eines Wertpapiers sowie durch aufgelöste Rückstellungen.

Operatives Ergebnis nach Segmenten

01.01. bis 31.12.	Förder- geschäft		Kapitalstock- anlage		Treasury Management		Summe	
	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/ Förderbeitrag	184,5	194,5	118,1	114,2	31,1	57,2	333,7	365,9
Risikovorsorge/ Förderbeitrag	34,5	20,7	0,0	0,0	0,0	0,0	34,5	20,7
Verwaltungs- aufwendungen	42,2	37,0	8,0	7,0	5,0	4,9	55,2	48,9
Übriges Ergebnis	-5,2	3,3	0,0	0,0	0,0	-0,1	-5,2	3,2
Operatives Ergebnis	102,6	140,1	110,1	107,2	26,1	52,2	238,8	299,5

Der Zinsüberschuss im Segment „Fördergeschäft“ reduzierte sich erwartungsgemäß aufgrund der gesunkenen Bestandsmargen, und zwar von 194,5 Mio. € im Vorjahr auf 184,5 Mio. €. Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich durch gestiegene Aufwendungen für die Zinsverbilligung der Programmkredite sowie durch die Zuführung zur Portfoliowertberichtigung insgesamt auf 34,5 Mio. € (20,7 Mio. €). Der Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibungen im „Fördergeschäft“ stieg um 5,2 Mio. € auf 42,2 Mio. €. Das Operative Ergebnis belief sich auf 102,6 Mio. € (140,1 Mio. €).

Die Zinserträge aus dem Segment „Kapitalstockanlage“ konnten entsprechend unserer Prognose für 2013 mit 118,1 Mio. € um 3,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden. Die gesunkenen Zinsen für Neuanlagen in langen Laufzeiten vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds sowie die höherverzinslichen fälligen Mittel wurden durch die Zinserträge der neu zugewiesenen Mittel aus der Thesaurierung des Vorjahresergebnisses überkompensiert. Insgesamt lag das Operative Ergebnis des Segments bei 110,1 Mio. € (107,2 Mio. €).

Das Ergebnis des Segments „Treasury Management“ war wie erwartet aufgrund niedrigerer Anlagevolumina und weiter sinkender Margen – als Folge der Geldmarktpolitik der EZB – deutlich rückläufig. Der Zinsüberschuss sank um 45,6 % auf 31,1 Mio. €. Das Operative Ergebnis des Segments betrug 26,1 Mio. € (52,3 Mio. €).

Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung

Sämtliche Derivate und bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden

als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen.

Für Grundgeschäfte in bilanziellen Sicherungsbeziehungen werden nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die aus Veränderungen der OIS-Kurven (Overnight-Interest-Rate-Swap) resultieren. Für die restlichen zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente werden im Rahmen der Bewertung die Veränderungen sämtlicher Marktparameter, wie z. B. auch der Credit-Spread, herangezogen.

Die Zins- und Wechselkursänderungen führen aufgrund der weitgehend fristenkongruenten Refinanzierung sowie der Absicherung durch derivative Geschäfte zu keinen wesentlichen Bewertungseffekten. Daher ist das Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung insbesondere durch Wertaufholungen von in Vorjahren erfassten Bewertungsverlusten aus Veränderungen der Credit-Spreads sowie aus dem Makro Hedge Accounting geprägt. Es erhöhte sich zum 31.12.2013 deutlich auf 221,2 Mio. € (-55,7 Mio. €).

Durch die Buy and Hold-Strategie des Konzerns mit dem Status eines Nichthandelsbuchinstituts stellen Bewertungsgewinne oder -verluste lediglich eine temporäre Größe dar, sofern kein Geschäftspartner ausfällt. Spätestens bei Fälligkeit der jeweiligen Geschäfte reduzieren sie sich auf null.

Konzernjahresüberschuss

Trotz des um 60,7 Mio. € gesunkenen Operativen Ergebnisses stieg der Konzernjahresüberschuss durch das um 276,9 Mio. € verbesserte Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung um 216,2 Mio. € auf 460,0 Mio. € (243,8 Mio. €).

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis gibt Veränderungen der Neubewertungsrücklage wieder. Es zeigt Ergebnisse aus der Bewertung von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ und die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen.

Für die Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ werden hier im Wesentlichen die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfasst. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Wertpapiere, die auf Schwankungen der OIS-Kurven basieren, werden im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ausgewiesen. Daneben ist die Amortisation der Bewertungsergebnisse von Wertpapieren, die im Jahr 2008 mit dem zu diesem Zeitpunkt ermittelten Marktwert in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmet wurden, enthalten.

Aufgrund einer gewissen Beruhigung an den Finanzmärkten verringerten sich die Credit-Spreads in 2013 weiter, jedoch nicht mehr in dem Umfang wie noch im Vorjahr. Dies galt vor allem für Emittenten aus den von der Krise besonders betroffenen Ländern. Aus den hieraus erhöhten Marktwerten der Wertpapiere ergaben sich Bewertungsgewinne von 248,3 Mio. € (575,3 Mio. €). Die Amortisation für die im Jahr 2008 umgewidmeten Wertpapiere führte zu Erträgen von 2,1 Mio. € (8,5 Mio. €).

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Bewertung von Pensionsverpflichtungen resultieren zum einen aus Abweichungen zwischen erwarteten und tatsächlich eingetretenen versicherungsmathematischen Annahmen der Vorperiode und zum anderen aus geänderten Annahmen für die Zukunft. In 2013 wurden versicherungsmathematische Verluste in Höhe von 5,8 Mio. € (-18,0 Mio. €) ausgewiesen.

Konzerngesamtergebnis

Das Konzerngesamtergebnis lag zum 31.12.2013 mit 704,6 Mio. € (809,6 Mio. €) um 105,0 Mio. € unter dem Vorjahr. Der Rückgang ist neben dem gesunkenen Operativen Ergebnis auf die um insgesamt 44,3 Mio. € niedrigeren Bewertungsgewinne zurückzuführen, die sich aus der Veränderung der Neubewertungsrücklage sowie dem Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung ergeben.

Überleitung zum Bilanzgewinn

Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank beschränkt gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Da deren Volumen zurückging, wurden entsprechend 48,5 Mio. € (21,8 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe für den Jahresabschluss nach HGB sollen 39,8 Mio. € (38,3 Mio. €) aus dem Konzernjahresüberschuss in die Hauptrücklage eingestellt werden. Weitere 406,9 Mio. € (192,7 Mio. €) sollen den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 13,3 Mio. € (12,8 Mio. €).

Ertragslage Rentenbank

Die Ertragslage gemäß dem Jahresabschluss der Rentenbank nach den Regelungen des HGB entwickelte sich insgesamt zufriedenstellend und stellte sich wie folgt dar:

	01.01. bis 31.12.2013	01.01. bis 31.12.2012	Änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsüberschuss	312,7	352,9	-40,2
davon Aufwendungen für Zinszuschuss Programmkredite	78,4	70,6	7,8
Provisionsüberschuss	-1,7	-2,1	0,4
Verwaltungsaufwendungen	53,2	44,7	8,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-9,1	-2,4	-6,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	248,7	303,7	-55,0
Risikovorsorge / Reserven	-195,7	-252,7	57,0
Jahresüberschuss	53,0	51,0	2,0

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge/Bewertung entspricht mit Ausnahme der nach IFRS im Rahmen der Risikovorsorge gebildeten Portfoliowertberichtigung in Höhe von 11,7 Mio. € strukturell der Entwicklung des Operativen Ergebnisses nach IFRS. Es wird daher auf die grundsätzlichen Darstellungen zur Ertragslage im Konzern verwiesen.

Die im Verwaltungsaufwand enthaltenen Personalaufwendungen lagen mit 29,8 Mio. € (25,6 Mio. €) um 4,2 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Dabei erhöhten sich die Aufwendungen für Altersvorsorge im Wesentlichen aufgrund eines sich nach HGB ergebenden Einmaleffekts bei den Pensionsrückstellungen um 2,4 Mio. € auf 4,8 Mio. €. Im Konzernabschluss nach IFRS betrug der Anstieg der Personalaufwendungen dagegen lediglich 0,9 Mio. €.

Zum 31.12.2013 ergab sich ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung in Höhe von 248,7 Mio. €. Aufgrund der Bonitätsverbesserung unseres Portfolios, insbesondere durch Fälligkeiten in den unteren Bonitätsklassen, konnten die gebildeten Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 16,6 Mio. € anteilig aufgelöst werden. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) wurde um 218,1 Mio. € aufgestockt. In Summe ergab sich ein um 2,0 Mio. € auf 53,0 Mio. € (51,0 Mio. €) gestiegener Jahresüberschuss. Hieraus wurden 39,7 Mio. € (38,2 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 13,3 Mio. € (12,8 Mio. €), der zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet wird.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung (Operatives Ergebnis) belief sich auf 248,7 Mio. € (303,7 Mio. €) und entwickelte sich damit im Einklang mit unserem im Prognosebericht für 2013 geplanten operativen Ergebnis. Grund hierfür war, wie bereits im Abschnitt zur Ertragslage des Konzerns beschrieben, vor allem das wie erwartet rückläufige Zinsergebnis bei gleichzeitig steigenden Verwaltungsaufwendungen.

Diese Tendenz hatte auch Auswirkungen auf den Leistungsindikator Cost Income Ratio. In Folge der auf insgesamt 66,7 Mio. € (52,6 Mio. €) gestiegenen Aufwendungen bei gleichzeitig rückläufigen Erträgen von 315,4 Mio. € (356,3 Mio. €) erhöhte sich diese Kennzahl von 14,8 % auf 21,2 %. Gleichwohl liegt die Cost Income Ratio weiterhin auf einem auch im Wettbewerbsvergleich moderaten Niveau.

Die Förderdividende als Leistungsindikator enthält die Zinsverbilligung der Programmkredite, für die im Berichtsjahr nominal 77,0 Mio. € (75,9 Mio. €) aus eigenen Mitteln eingesetzt wurden. Ferner stellte die Rentenbank 3,0 Mio. € Zuschüsse zum Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung. Einschließlich des Bilanzgewinns in Höhe von 13,3 Mio. € und der von der Rentenbank vorgenommenen Kapitalerhöhung der Rehwinkel-Stiftung um 3,0 Mio. € erhöhte sich die Förderdividende 2013 im Einklang mit unserer Prognose auf 96,3 Mio. € (90,7 Mio. €).

Finanzlage

Kapitalstruktur

Kapitalstruktur Konzern

	31.12.2013	31.12.2012	Änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<u>Fremdkapital</u>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5 549,9	2 868,0	2 681,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5 148,8	5 802,6	- 653,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	60 860,9	66 632,3	-5 771,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	686,8	924,4	- 237,6
<u>Eigenkapital</u>			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	2 999,5	2 552,8	446,7
Neubewertungsrücklage	46,5	- 198,1	244,6
Bilanzgewinn	13,3	12,8	0,5

Fremdkapital

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen um 2,6 Mrd. € auf 5,5 Mrd. € (2,9 Mrd. €) im Wesentlichen aufgrund höherer Positionen im kurzfristigen Geldgeschäft. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich durch fällige Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen um 0,7 Mrd. € auf 5,1 Mrd. € (5,8 Mrd. €).

Die Bestandsveränderungen bei den Verbrieften Verbindlichkeiten beliefen sich auf 0,8 Mrd. € bzw. 1,3 %. Insbesondere Wechselkursänderungen führten zum 31.12.2013 aber zu einem um 5,8 Mrd. € bzw. 8,7 % gesunkenen Buchwert der Verbrieften Verbindlichkeiten von 60,9 Mrd. € (66,6 Mrd. €). Die Medium-Term-Note-Programme (MTN) waren mit 46,3 Mrd. € (48,9 Mrd. €) weiterhin die wichtigsten Refinanzierungsquellen. Der Buchwert der Globalanleihen lag am Jahresende bei 10,6 Mrd. € (12,4 Mrd. €). Der Bestand an ECP (Euro Commercial Paper) sank um 1,3 Mrd. € auf 3,9 Mrd. € (5,2 Mrd. €).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten reduzierten sich aufgrund von Fälligkeiten und Wechselkursänderungen um 0,2 Mrd. € auf 0,7 Mrd. € (0,9 Mrd. €).

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Aufgrund der margenorientierten Steuerung der Rentenbank ist der Credit-Spread ein maßgeblicher Faktor. Dieser entwickelte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Dadurch verbesserten sich unsere Refinanzierungskosten.

Die folgende Analyse gliedert die Verbindlichkeiten nach Fälligkeiten, Währungen und Zinsstruktur:

	Fälligkeiten					
	bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		größer 5 Jahre	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<u>Fester Zins</u>						
EUR	5 496,8	2 250,7	9 004,6	8 207,2	7 705,2	8 698,2
USD	2 439,6	4 774,6	11 791,4	12 792,7	948,0	2 229,4
AUD	1 050,0	1 039,9	3 978,3	4 862,9	2 748,7	2 443,8
JPY	470,4	1 000,7	86,5	673,9	408,7	562,3
CHF	83,0	256,4	1 343,0	1 340,4	93,4	241,3
NOK	0,0	298,9	1 158,5	911,3	183,9	472,6
GBP	0,0	320,1	1 147,9	437,8	13,3	14,3
Sonstige	435,0	486,8	1 491,2	1 901,0	169,5	85,6
<u>Nullkupon</u>						
EUR	1 266,9	0,0	96,1	79,9	819,1	836,7
USD	1 979,4	4 208,6	0,0	0,0	37,2	38,6
AUD	12,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
CHF	0,0	116,0	0,0	0,0	0,0	0,0
GBP	530,0	539,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	123,3	326,2	0,0	0,0	0,0	0,0
<u>Variabler Zins</u>						
EUR	535,5	130,5	5 187,1	4 917,5	3 496,3	3 163,4
USD	1 735,8	417,1	2 482,5	2 857,2	0,0	0,0
AUD	0,0	554,4	670,3	492,0	0,0	0,0
JPY	20,9	19,8	49,0	67,5	345,5	515,1
NOK	0,0	0,0	156,4	138,0	0,0	40,8
Sonstige	0,0	0,0	455,3	419,8	0,0	45,5
Summe	16 179,5	16 740,6	39 098,1	40 099,1	16 968,8	19 387,6

Eigenkapital

Der Konzernjahresüberschuss von 460,0 Mio. € (243,8 Mio. €) erhöht das Eigenkapital. Zusätzlich stieg es durch Bewertungsgewinne, die in der Neubewertungsrücklage mit 244,6 Mio. € (565,8 Mio. €) ausgewiesen wurden.

Kapitalstruktur Rentenbank

Die Finanzlage auf Basis des Jahresabschlusses der Rentenbank nach den Regelungen des HGB stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012	Änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<u>Fremdkapital</u>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 272,1	3 598,5	2 673,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 730,3	5 249,1	- 518,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	61 433,8	62 151,4	- 717,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	597,7	717,5	- 119,8
<u>Eigenkapital (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken)</u>			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	925,5	885,8	39,7
Bilanzgewinn	13,3	12,8	0,5
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2 437,3	2 219,2	218,1

Das Fremdkapital nach HGB und IFRS entwickelt sich strukturell gleich. Es weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen des Fremdkapitals in der Kapitalstruktur des Konzerns verwiesen.

Das Eigenkapital einschließlich des Fonds für allgemeine Bankrisiken erhöhte sich im Vergleich zu 2012 um 0,3 Mrd. €. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 0,2 Mrd. € auf 2,4 Mrd. € aufgestockt.

Investitionen

Die Rentenbank hat in den Geschäftsjahren 2012 und 2013 insbesondere in die Implementierung eines neuen Handels- und Risikomanagementsystems, einer Meldewesensoftware und einer Rating Plattform sowie in die Umsetzung der SEPA- und EMIR-Anforderungen investiert. Für weitere Angaben wird auf die Erläuterungen zu den Verwaltungskosten unter der Ertragslage des Konzerns verwiesen.

Liquidität

Die Liquiditätsanalyse stellt die vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbeträge dar:

31.12.2013	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre bzw. unbestimmt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3 238,4	565,7	1 327,0	370,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	429,4	268,5	907,5	3 976,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 523,9	3 678,4	35 153,1	12 269,3
Negative Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	154,0	158,0	1 166,0	627,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	5,9	16,0	45,0	560,9
Summe	12 351,6	4 686,6	38 598,6	17 803,7

31.12.2012	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre bzw. unbestimmt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	279,7	311,7	1 755,4	460,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	306,6	526,8	1 047,1	4 327,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	10 165,8	5 668,7	34 819,6	13 337,1
Negative Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	296,0	90,0	386,0	57,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	29,2	118,3	10,4	690,1
Summe	11 077,3	6 715,5	38 018,5	18 871,7

Vermögenslage

Vermögenslage Konzern

	31.12.2013	31.12.2012	Änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	49.750,9	51.164,0	-1.413,1
Forderungen an Kunden	5.570,6	4.652,4	918,2
Finanzanlagen	20.894,4	22.588,7	-1.694,3
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3.236,1	7.486,4	-4.250,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.796,6	5.832,2	-35,6

Die Rentenbank vergibt Kredite wettbewerbsneutral grundsätzlich über andere Banken. In der Vermögenslage spiegelt sich dies in den Forderungen an Kreditinstitute wider, deren Anteil 60,7 % (57,9 %) an der Bilanzsumme betrug. Dieser Posten valutierte zum Jahresultimo mit 49,8 Mrd. € (51,2 Mrd. €). Dem deutlich gestiegenen Programmkreditvolumen standen fällige Namenspapiere sowie reduzierte Termingelder und Offenmarktgeschäfte gegenüber.

Die Forderungen an Kunden stiegen durch das Neugeschäft mit deutschen Bundesländern um 0,9 Mrd. € auf 5,6 Mrd. € (4,7 Mrd. €).

Die Finanzanlagen enthalten im Wesentlichen Bankanleihen und -schuldverschreibungen. Sie verringerten sich um 1,7 Mrd. € auf 20,9 Mrd. € (22,6 Mrd. €), da die Fälligkeiten das Neugeschäft überstiegen. Über das Engagement in den Peripherie-Staaten der Eurozone informiert der Risikobericht im Abschnitt Adressenausfallrisiken.

Die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sanken um 4,3 Mrd. € auf 3,2 Mrd. € (7,5 Mrd. €), während die negativen Marktwerte unverändert mit 5,8 Mrd. € (5,8 Mrd. €) valutierte. Die Entwicklung war insbesondere durch Wechselkursänderungen beeinflusst. Derivate dienen ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern. Mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, bestehen Besicherungsvereinbarungen. Die Bank schließt keine Credit Default Swaps (CDS) ab.

Vermögenslage Rentenbank

Die Vermögenslage gemäß dem Jahresabschluss der Rentenbank nach den Regelungen des HGB stellte sich wie folgt dar.

	31.12.2013	31.12.2012	Änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	50 042,5	51 215,6	-1 173,1
Forderungen an Kunden	5 451,3	4 560,9	890,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20 301,9	22 026,3	-1 724,4

Die Vermögenslage nach HGB und IFRS entwickelt sich strukturell gleich. Sie weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen zur Vermögenslage im Konzern verwiesen.

Der Wertpapierbestand setzte sich fast ausschließlich aus Bankanleihen und -schuldverschreibungen zusammen. Dieser Bilanzposten enthielt zum Jahresende Anleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 19,9 Mrd. € (21,8 Mrd. €). Schuldverschreibungen der Liquiditätsreserve befanden sich, wie im Vorjahr, zum Jahresende nicht im Bestand.

Der Vorstand beurteilt den Geschäftsverlauf sowie die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage als zufriedenstellend.

Sonstige Leistungsindikatoren

Gesellschaftliches Engagement

Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Rentenbank auch über ihren Förderauftrag hinaus verpflichtet, sich engagiert und verantwortungsbewusst für das Gemeinwohl einzusetzen. In Frankfurt ansässig unterstützt die Rentenbank vor allem lokale Kulturinstitutionen und ausgewählte Projekte. Regelmäßig erhalten u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum, das English Theatre und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städelschule Zuwendungen. In der Städelschule fördern wir dabei junge Talente durch die Stiftung eines Gruppenpreises im Rahmen des jährlichen „Rundgangs“. Die Rentenbank unterstützt mit einer regelmäßigen Weihnachtsspende verschiedene Projekte von Kirchen, Verbänden und Vereinen. Im Geschäftsjahr 2013 waren dies die Malteser Migranten Medizin, Frankfurt, die Winterspeisung für Obdachlose in der Katharinenkirche, Frankfurt, das Kinder- und Jugendwerk Die Arche e.V., Frankfurt, und der Verein Herzen für eine neue Welt,

Königstein. Über diese regelmäßige Förderung hinaus waren wir im Berichtsjahr z. B. wiederum Sponsor der Operngala 2013 der Oper Frankfurt.

Mitarbeiter

Der Personalstand blieb im abgelaufenen Jahr nahezu unverändert. Am Jahresende 2013 beschäftigte die Rentenbank 257 (256) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 214 (213) in Vollzeit. Darin sind abwesende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit sowie der Vorstand nicht enthalten. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei rund 11,5 Jahren. Das Verhältnis von Männern und Frauen in der Bank war mit 53 % zu 47 % nahezu ausgeglichen. Die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten, nutzten weiterhin vorwiegend Frauen. Sie stellten 88 % der Teilzeitbeschäftigten.

Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen

Die Rentenbank erstellt die Konzern- und Einzelabschlüsse sowie den zusammengefassten Lagebericht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, den Standards der internationalen Rechnungslegung sowie den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) und den hierzu unterstützenden Verlautbarungen. Für die aufgestellten Abschlüsse ist ein Testat des Wirtschaftsprüfers erforderlich. Dabei wird auf eine ordnungsgemäße Erstellung sowie auf die Einhaltung der Veröffentlichungsfristen geachtet. Die Erreichung dieses Zieles wird insbesondere durch ein wirksames Internes Kontrollsystem (IKS) gewährleistet.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen von strategischer Bedeutung sind die Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen. Die umfängliche Einhaltung aller bestehenden aufsichtsrechtlichen Regelungen hat höchste Priorität. Der Konzern trägt unter anderem durch den Arbeitskreis Regulatorische Themen, in dem auch das Referat Compliance vertreten ist, dafür Sorge, dass neue aufsichtsrechtliche Anforderungen frühzeitig konzernweit erkannt und gesteuert werden.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

Prognose- und Chancenbericht

Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen an den Kredit- und Finanzmärkten ab. Diese werden durch die

Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die wirtschaftliche Lage an den Agrarmärkten und das Refinanzierungsverhalten der Hausbanken eine wichtige Rolle.

Die Europäische Zentralbank hielt zu Jahresbeginn 2014 an ihrem geldpolitischen Kurs fest und ließ den Leitzins unverändert bei 0,25 %, obwohl die Inflationsrate im Euroraum im Januar auf 0,7 % überraschend zurückging.

Die Rentenbank erwartet einen unverändert niedrigen Preisdruck und eine moderate Wirtschaftserholung im Euroraum, so dass die EZB auf absehbare Zeit an ihrer expansiven Geldpolitik festhalten wird. Graduelle Änderungen in Form einer leichten Leitzinssenkung oder der Einsatz weiterer geldpolitischer Instrumente sind jedoch nicht ausgeschlossen, wenn es zu steigenden Geldmarktsätzen kommen sollte oder sich die Kreditvergabe der Banken insbesondere in den südlichen Euro-Staaten nicht erholt.

Auch im Hinblick auf das von der EZB gegebene Versprechen, den Leitzins auf absehbare Zeit niedrig zu halten („Forward Guidance“), gehen wir daher von weiter niedrigen Geldmarktsätzen im Jahresverlauf aus.

Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) setzte Ende Januar 2014 die am Ende des Vorjahres beschlossenen Maßnahmen zur Rücknahme ihres expansiven geldpolitischen Kurses fort und reduzierte ihr Ankaufprogramm von Staatsanleihen und Hypothekenspapieren weiter. Die geänderte Notenbankpolitik der Fed trug mit zu Kapitalabzug und Währungsturbulenzen in einigen bedeutenden Schwellenländern bei. Als Folge stieg weltweit die Nachfrage nach sicheren Anlageformen, wie z. B. Bundesanleihen und Anleihen der Rentenbank. Entsprechend gingen die langfristigen Renditen zurück.

Vor dem Hintergrund der weltweiten wirtschaftlichen Erholung und des weniger expansiven geldpolitischen Kurses der US-Notenbank gehen wir davon aus, dass die langfristigen Zinsen im weiteren Jahresverlauf leicht steigen werden. Der Anstieg dürfte jedoch durch die ausgesprochen expansive Geldpolitik der EZB und dem nur geringen Preisdruck begrenzt bleiben.

Die Landwirte planen nach Erhebungen des Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar für die erste Jahreshälfte 2014 insgesamt etwas geringere Investitionen als im Vorjahr, insbesondere bei Wirtschaftsgebäuden. Während sie ihre aktuelle wirtschaftliche Lage als sehr gut einschätzen, sind sie für die Zukunft nur verhalten zuversichtlich. Da die Fördertätigkeit in der Sparte „Landwirtschaft“ unmittelbar von der Investitionstätigkeit abhängt, ist auch hier mit einer verhaltenen Entwicklung zu rechnen.

Die Fundamentaldaten deuten darauf hin, dass sich an der relativ knappen globalen Versorgungslage mit Agrarrohstoffen grundsätzlich wenig ändern wird. Die FAO (Food

and Agriculture Organization of the United Nations) geht davon aus, dass sich das internationale Agrarpreisniveau in den nächsten Jahren nominal weiter erhöht, sich unter Berücksichtigung der Inflation aber kaum verändern wird. In diesem Fall sollte das Fördergeschäft in der Sparte „Landwirtschaft“ stabil bleiben.

Die Öffentlichkeit diskutiert weiterhin kritisch das Thema Tierhaltung. Falls dies zu verschärften Tierschutzauflagen und einem veränderten Baurecht führen sollte, würden die Kosten für Tierhalter steigen. Möglich wäre auch, dass solche Gesetzesänderungen Investitionen auslösen: generell zum Wohl der Tiere bzw. in zusätzliche Einrichtungen, wie z. B. Abluftfilter oder Güllebehälter. Insbesondere in den Veredlungsregionen erwartet die Rentenbank, dass verschärfte Anforderungen an die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern und an Baugenehmigungen sich dämpfend auf die Bautätigkeit auswirken.

Die Entwicklung der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ hängt entscheidend vom EEG ab. Die Bundesregierung plant zur Mitte des Jahres eine grundlegende Reform des EEGs, die im August inkrafttreten soll. Somit dürfte sich die Nachfrage nach Programmkrediten im ersten Halbjahr nicht verändern. Vor dem Inkrafttreten kann es zu Vorzieheffekten kommen. Um die mittel- und längerfristigen Auswirkungen abschätzen zu können, müssen die Detailregelungen im neuen EEG analysiert werden. Da der politische Willensbildungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, sind noch keine verlässlichen Prognosen für die Fördersparte „Erneuerbare Energien“ möglich.

Unter diesen Rahmenbedingungen geht die Rentenbank aufgrund ihrer risikobewussten Geschäftspolitik und ihrer Triple-A-Ratings davon aus, ihren Förderauftrag erfolgreich erfüllen zu können.

Vor dem Hintergrund der bankregulatorischen Weiterentwicklung auf EU-Ebene, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung von Basel III in der Europäischen Union (EU) (CRD IV/CRR), wurde das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank im Rahmen des CRD IV-Umsetzungsgesetzes geändert. Ab 01.01.2014 besteht zur vorhandenen Anstaltslast eine Garantie des Bundes für die Verbindlichkeiten der Rentenbank (Refinanzierungsgarantie).

Die Anforderungen der zum 01.01.2014 inkrafttretenden EU-Bankenverordnung (CRR) und der EU-Bankenrichtlinie (CRD IV) wird der Konzern erfüllen. Insbesondere die Eigenkapitalquoten und die Liquiditätskennziffern LCR und NSFR werden nach den Proberechnungen eingehalten.

Prognose der Geschäftsentwicklung

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Mehrjahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Neugeschäfts-, Bestands-,

Kapital-, Ertrags- und Kostenplanung sowie Stressszenarien. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Mehrjahresplanung. Im Folgenden beziehen sich die Prognosen jeweils auf die Planung für das Jahr 2014.

In der aktuellen Konzernplanung erwartet der Konzern im Segment „Fördergeschäft“ für das Geschäftsjahr 2014 ein Neugeschäftsvolumen leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Dieses Neugeschäft wird unverändert mittels der Emissionsprogramme der Rentenbank refinanziert werden. Aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Beruhigung an den Kapitalmärkten wird mit tendenziell etwas rückläufigen Margen aus dem Neugeschäft gerechnet.

Bei der Kreditvergabe erwarten wir, dass die Programmkredite weiterhin den Schwerpunkt bilden. Nachdem im vergangenen Jahr die guten Rahmenbedingungen auf den Agrarmärkten und das niedrige Zinsniveau für eine rege Nachfrage nach Programmkrediten sorgten, wird das Neugeschäft in 2014 wahrscheinlich etwas unter dem hohen Wert des Jahres 2013 liegen.

Der Bestand an Wertpapieren sowie allgemeinen Förderkrediten wird sich durch die absehbar hohen Fälligkeiten weiter leicht reduzieren. Dagegen dürfte sich der Anteil der Programmkredite am gesamten Fördervolumen entsprechend weiter leicht erhöhen. In Summe erwarten wir für das Segment „Fördergeschäft“ aufgrund der sinkenden Bestandsmargen und -volumina ein leicht rückläufiges Zinsergebnis.

Für das Segment „Kapitalstockanlage“ planen wir für 2014 Zinserträge geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Dem höheren Anlagevolumen aus der Gewinnthesaurierung stehen hierbei negative Effekte aus der geringeren Verzinsung der Neuanlagen durch das Niedrigzinsumfeld sowie aus fälligen höherverzinslichen Mitteln gegenüber. Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird in 2014 voraussichtlich deutlich unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Wir erwarten für das Zinsergebnis der drei Segmente für 2014 einen leicht rückläufigen Wert.

Die Kostenplanung für das Jahr 2014 sowie die Folgejahre berücksichtigt insbesondere die erforderlichen Investitionen in die Infrastruktur der Bank sowie die notwendigen Anpassungen zur Erfüllung zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Darin enthalten sind Investitionen für die Weiterentwicklung des neuen Handels- und Risikomanagementsystems, für die Einführung eines neuen Finanz-Systems sowie für die Erneuerung sonstiger im Einsatz befindlicher Hard- und Software. In der Mehrjahresplanung sind darüber hinaus Investitionen für die Sanierung des Bankgebäudes vorgesehen. Die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden – trotz eines straffen Kostenmanagements – weiterhin deutlich steigende Verwaltungsaufwendungen in 2014 sowie den darauf folgenden Jahren auslösen. Dies gilt

insbesondere auch für die Personalkosten, da die Bank hier eine Notwendigkeit für die Schaffung neuer Stellen sieht.

Vor dem Hintergrund der Ertrags- und Kostenentwicklung wird im Konzern für 2014 insgesamt ein um ca. 15 bis 20 % rückläufiges Operatives Ergebnis erwartet. Dieser Leistungsindikator wird jedoch historisch immer noch auf relativ hohem Niveau liegen.

Durch die zufriedenstellenden Ertragsaussichten wird es möglich sein, die Förderdividende weiterhin auf einem hohen Niveau zu halten. Wir erwarten daher für den Leistungsindikator Förderdividende einen gegenüber 2013 in etwa gleich bleibenden Wert.

Bedingt durch die rückläufigen Erträge bei gleichzeitig investitionsbedingt höheren Verwaltungsaufwendungen erwarten wir für 2014 einen deutlichen Anstieg des Leistungsindikators Cost Income Ratio. Die Cost Income Ratio wird sich dennoch weiterhin auf einem auch im Wettbewerbsvergleich moderaten Niveau bewegen.

Chancen und Risiken

Auf Basis der prognostizierten Ergebnisse für 2014 könnten sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen weitere Chancen und Risiken für die geschäftliche Entwicklung ergeben.

Durch veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen kann es eventuell zu einer erneuten Verschärfung der Finanzmarktkrise kommen, was sich auf die Neugeschäftsvolumina und -margen im Aktiv- und Passivgeschäft auswirkt. Ein verschlechtertes wirtschaftliches Umfeld könnte entsprechend zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan führen. Allerdings hat die Finanzmarktkrise gezeigt, dass sich für die Rentenbank aufgrund ihrer hervorragenden Ratings und ihrer soliden Kapitalausstattung in solchen schwierigen Situationen durchaus auch Chancen durch attraktive Refinanzierungsmöglichkeiten sowie hohe Margen im verbrieften Fördergeschäft und bei den allgemeinen Förderkrediten ergeben können.

Das derzeitige Niedrigzinsumfeld bietet einerseits Chancen für die geschäftlichen Aktivitäten, insbesondere aufgrund der hohen Nachfrage des landwirtschaftlichen Sektors nach Programmkrediten. Andererseits belastet das andauernd niedrige Zinsniveau jedoch auch das Ergebnis der Segmente „Kapitalstockanlage“ und „Treasury Management“. Eine Veränderung dieses Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, ist deshalb sowohl mit Risiken als auch mit Chancen für die Rentenbank verbunden. Wie sich die Situation konkret darstellen könnte, hängt von der Stärke der Zinsänderung sowie von der Betrachtung des Segments und dem gewählten Beobachtungszeitraum ab.

Für den Verwaltungsaufwand könnten sich weitere belastende Faktoren aus zusätzlichen, bisher noch nicht bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Dies kann sich

auf IT- und Personalkosten (aufgrund der Schaffung zusätzlicher Stellen) auswirken. Zudem könnten über die bereits geplanten Investitionen hinaus weitere Verbesserungen der IT- und Gebäude-Infrastruktur notwendig werden.

Trotz der von der Rentenbank praktizierten, risikoaversen Neugeschäftspolitik kann nicht ausgeschlossen werden, dass im weiteren Jahresverlauf bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Geschäftspartnern bekannt werden. Dies kann Ratingverschlechterungen im Bestand nach sich ziehen und damit das Risikodeckungspotenzial im Rahmen der Risikotragfähigkeit belasten.

Die weitergehende Berichterstattung zu den Risiken enthält der Abschnitt Risikobericht.

Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr

Das Operative Ergebnis aller Segmente lag im ersten Monat des laufenden Geschäftsjahres leicht über Plan. Das Bewertungsergebnis war leicht rückläufig. Auf Basis der bisherigen Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahr ist der Vorstand zuversichtlich, das geplante Volumen im Fördergeschäft sowie die operativen Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2014 zu erreichen. Durch die hohe Volatilität der Marktparameter ist die weitere Entwicklung des Bewertungsergebnisses im Jahresverlauf nicht verlässlich prognostizierbar.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich gegebenenfalls als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

Risikobericht

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Die Darstellungen im Risikobericht beziehen sich grundsätzlich auf den Konzern. Wesentliche institutsspezifische Besonderheiten der Rentenbank werden gesondert dargestellt.

Organisation des Risikomanagements

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Vorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie des Konzerns fest. Sie wird insbesondere von dem Förderauftrag der Bank und den Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die wesentlichen Geschäftsfelder Ziele und Maßnahmen zu deren Erreichung festgelegt.

Im Konzern wird im Rahmen einer Risikoinventur analysiert, welche Risiken die Vermögenslage, die Kapitalausstattung, die Ertragslage oder die Liquiditätssituation wesentlich beeinträchtigen können. Wesentliche Risiken des Konzerns werden in der Risikoinventur, in den Risikoindikatoren, in den Self Assessments, im „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP), in den IKS-Schlüsselkontrollen sowie in der täglichen Überwachungstätigkeit identifiziert und auf Konzentrationseffekte hin untersucht.

Die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risikomanagementsystem (RMS) auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung identifiziert, limitiert und gesteuert. Der Vorstand hat dazu eine Risikostrategie und die daraus abgeleiteten Teilstrategien festgelegt. Diese werden mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls vom Vorstand angepasst.

Wesentlicher Bestandteil des RMS ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung von Limiten, die an der Risikotragfähigkeit ausgerichtet sind. Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicherstellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Es basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“.

Die Anforderungen der vierten MaRisk-Novelle (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) wurden bis zum Jahresende 2013 umgesetzt. Insbesondere implementierte bzw. verfeinerte der Konzern die Risikostrategien, die Kapitalplanungsprozesse, die Risikocontrolling-Funktion sowie das Liquiditätsverrechnungspreissystem. Der Compliance-Beauftragte wurde 2013 bestellt. Die Bank hat zudem in 2013 die Compliance-Funktion gemäß MaRisk eingerichtet.

Als Teil des Planungsprozesses werden für die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechende potenzielle Risikoszenarien zugrunde gelegt. Soll-Ist-Abweichungen werden im Rahmen eines internen Monatsberichts analysiert. Die Kapitalplanung wird für die nächsten zehn Jahre erstellt. Die Risikotragfähigkeit wird in Form einer Drei-Jahres-Vorschau geplant.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert es, einen NPP durchzuführen. Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement.

Basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen vermittelt das Risikohandbuch des Vorstands einen umfassenden Überblick über alle Risiken im Konzern. Risikosteuerungsfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Für die Risikocontrolling-Funktion zeichnet das für den Marktfolge-Bereich zuständige Vorstandsmitglied verantwortlich. Ihm ist der Bereich Finanzen mit der Gruppe Risikocontrolling und der Bereich Banken mit dem Referat Adressrisiken unterstellt. Im Bereich Finanzen umfasst das Risikocontrolling die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung über die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken, die operationellen Risiken und die Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigung von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Die für die Rentenbank relevanten Compliance-Risiken zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass bei einer Nichtbeachtung der wesentlichen (bankaufsichts-)rechtlichen Regelungen und Vorgaben vor allem (Geld-) Strafen/Bußgelder, Schadensersatzansprüche und/oder die Nichtigkeit von Verträgen drohen, die das Vermögen der Rentenbank gefährden könnten. Die Compliance-Funktion der Rentenbank wirkt dabei in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und als Teil des IKS darauf hin, dass die Mitarbeiter die Rechtmäßigkeit und Regelgerechtigkeit ihres eigenen Handelns überprüfen und sicherstellen können.

Sowohl der Vorstand als auch der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanz- und Prüfungsausschuss sowie der bis Ende 2013 aktive Kreditausschuss bzw. der ab 01.01.2014 aktive Risikoausschuss werden mindestens quartalsweise über die Risikosituation informiert. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Informationen oder Vorgänge und bei Nichteinhaltung der MaRisk müssen umgehend der Vorstand, die Interne Revision und gegebenenfalls die betroffenen Führungskräfte schriftlich informiert werden. Vom Vorstand werden Informationen über wesentliche Risikoaspekte unverzüglich an den Verwaltungsrat weitergeleitet.

Die Interne Revision der Rentenbank ist als Konzernrevision auf Gruppenebene tätig. Sie prüft und beurteilt die Ordnungsmäßigkeit der Aktivitäten und Prozesse, ergänzt um Sicherheits- und Zweckmäßigkeitsaspekte sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des RMS bzw. des IKS.

Die Konzernrevision ist dem Vorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand besitzt ein Direktionsrecht zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen. Der Vorsitzende des

Verwaltungsrats und des Risikoausschusses sowie der Bilanz- und Prüfungsausschuss können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Konzernrevision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse des Konzerns einschließlich des RMS und des IKS.

Die Risiken werden grundsätzlich segmentübergreifend überwacht. Sofern sich die Überwachung nur auf einzelne Segmente beschränkt, ist dies in den Risikoarten dargestellt.

Adressenausfallrisiken

Definition

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko mit den Elementen Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Struktur-, Sicherheiten- und Beteiligungsrisiko sowie das Settlement- und das Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko sind der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das derivative Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Derivative Länderrisiken unterteilen sich in Ländertransferrisiken und Redenominierungsrisiken. Das Ländertransferrisiko bezeichnet die Gefahr, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund von wirtschaftlichen oder politischen Risiken seine Zins- und Tilgungszahlungen nicht fristgerecht erbringen kann. Redenominierungsrisiken bezeichnen das Risiko, dass der Nominalwert der Forderung auf eine andere Währung umgestellt wird. Bei Umstellung auf eine „weichere“ Währung unter Verwendung eines Fixkurses kann dies de facto einer Teilenteignung der Gläubiger entsprechen.

Strukturrisiken (beispielsweise Klumpen- bzw. Konzentrationsrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken, die aus der unzureichenden Werthaltigkeit von Kreditsicherheiten während der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjekts resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines Verlusts aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist durch Gesetz und Satzung der Bank weitgehend bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums derzeit grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen EU-Land sowie Norwegen vergeben, die Geschäfte mit

landwirtschaftlichen Unternehmen, deren vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum tätigen. Darüber hinaus können allgemeine Fördergeschäfte auch mit deutschen Bundesländern abgeschlossen werden. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt grundsätzlich bei deren Hausbank.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können darüber hinaus alle Geschäfte getätigt werden, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in direktem Zusammenhang stehen. Dies beinhaltet auch den Ankauf von Forderungen und Wertpapieren sowie Geschäfte im Rahmen des Treasury Managements und der Risikosteuerung des Konzerns.

Bei der Kreditvergabe an Unternehmen geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft und im Konsortialkreditgeschäft Risiken ein. Im Jahr 2013 wurden im Konsortialkreditgeschäft mit Unternehmen keine Abschlüsse getätigt.

Zur Diversifikation der Kreditrisiken hat die Bank das Kreditgeschäft mit deutschen Bundesländern intensiviert.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft und Treasury verantwortlich. Der Bereich Fördergeschäft schließt sämtliche Programmkredite ab. Der Bereich Treasury ist für den Ankauf von Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Namenspapieren sowie für den Abschluss von Neugeschäften im Rahmen des Konsortialkreditgeschäfts mit Unternehmen und Direktkrediten im Rahmen des allgemeinen Fördergeschäfts zuständig. Auch ist der Bereich Treasury für Neuabschlüsse im Geldgeschäft und bei Derivaten verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Derivate werden ausschließlich mit Geschäftspartnern abgeschlossen, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

Organisation

Der Bereich Treasury ist als Marktbereich maßgeblich in die Prozesskette des allgemeinen und verbrieften Fördergeschäfts eingebunden. Gemäß MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Die als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben werden von den Bereichen Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Diese Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab, bearbeiten die Geschäftsabschlüsse und bewerten die Sicherheiten. Sie sind auch zuständig für die Intensivbetreuung sowie die

Bearbeitung von Problemkrediten. In diesem Zusammenhang werden erforderliche Maßnahmen in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen. Die Prozessverantwortung liegt bei dem für den Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglied.

Der Bereich Banken formuliert eine bankweite Kreditrisikostategie und ist für deren Umsetzung zuständig. Der Vorstand der Bank beschließt jährlich die Kreditrisikostategie und legt diese dem bis Ende 2013 aktiven Kreditausschuss bzw. dem ab 01.01.2014 aktiven Risikoausschuss des Verwaltungsrats zur Kenntnis vor. Darüber hinaus werden im Bereich Banken u. a. Kreditrisiken analysiert, Engagements Rentenbank-spezifische Bonitätsklassen zugeordnet, Beschlüsse für Kreditentscheidungen vorbereitet, das Marktfolge-Votum erstellt und das Kreditrisiko insgesamt laufend überwacht.

Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowie des Gesamtkreditportfolios und ist für die Risikoberichterstattung über die Adressenausfallrisiken verantwortlich. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in seinen Zuständigkeitsbereich. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft ist eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung und -überwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftszugewandt auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Kreditnehmereinheit bzw. auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden und des Gesamtkreditportfolios. Im Rahmen der Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung wird das Kreditportfolio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen in Produktgruppen zusammengefasst werden.

Bonitätsbeurteilung

Die mit dem bankinternen Risikoklassifizierungsverfahren ermittelten Bonitätseinstufungen sind ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken und die internen Limite.

Die Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolge-Bereich Banken nach einem intern festgelegten Verfahren vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten in eine der 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente bzw. erhöhte latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätseinstufung unserer Geschäftspartner wird mindestens jährlich auf der Grundlage einer Auswertung von deren Jahresabschlüssen und der Analyse ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse überprüft. Hierbei fließen – neben betriebswirtschaftlichen Kennzahlen – auch qualitative Merkmale, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren, wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen, ein. Das Länderrisiko als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko wird ebenfalls einbezogen. Bei bestimmten Produkten, wie z. B. Pfandbriefen, werden zudem die damit verbundenen Sicherheiten als weiteres Kriterium berücksichtigt. Die Bonitätseinstufung wird überprüft und die Limite gegebenenfalls angepasst, wenn dem Konzern aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners bekannt werden. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird laufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Das Bonitätsklassensystem der Rentenbank bildet die Basis für die Messung von Kreditausfallrisiken mithilfe statistischer Verfahren. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Ratingagenturen veröffentlichten historischen Ausfallraten herangezogen. Über eigene historische Daten verfügt der Konzern aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten nicht. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird im Standardszenario ein auf die Inanspruchnahmen bezogener jährlicher potenzieller Ausfall ermittelt. Das Standardszenario wird um Stressszenarien ergänzt, in deren Rahmen unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen, geringeren Wiedereinbringungsraten sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten ein auf die intern eingeräumten Limite bezogener jährlicher potenzieller Ausfall geschätzt wird.

Der Konzern fokussiert sich im Rahmen seines Geschäftsmodells, das weitestgehend von Gesetz und Satzung vorgegeben ist, auf das Interbankengeschäft. Dies führt zu einem wesentlichen Konzentrationsrisiko. Für diese sektoralen Konzentrationsrisiken wird ein pauschaler Risikobetrag (Risikopuffer) vorgehalten.

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept weist der Konzern den Adressenausfallrisiken einen bestimmten Anteil des Risikodeckungspotenzials zu. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Stressszenarien berücksichtigen auch länderspezifische Einflüsse und stellen auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. In zusätzlichen Extremszenarien wird der Ausfall der beiden nach Risiko-Exposure – dem mit den produktspezifischen Verlustquoten gewichteten Engagement - größten Kreditnehmereinheiten bzw. Auslandsengagements sowie der Ausfall aller als erhöhte latente Risiken eingestuften Engagements unterstellt. Der in diesen Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall dient zur Messung von Risikokonzentrationen und ist im „Going Concern-Ansatz“ nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen. Im Vordergrund steht dabei, die Ergebnisse kritisch zu reflektieren und einen möglichen Handlungsbedarf abzuleiten. Entsprechende Maßnahmen können beispielsweise Limitreduzierungen oder eine verschärfte Risikoüberwachung umfassen. Zusätzlich können anlassbezogen im Rahmen weiterer Stressszenarien die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf das Risikodeckungspotenzial untersucht werden.

Limitierung und Reporting

Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit des Konzerns vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Kreditnehmereinheiten bzw. Gruppen verbundener Kunden als auch auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios.

Ausgehend von dem für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil des Risikodeckungspotenzials wird eine Gesamtobergrenze für alle Adressenausfalllimite festgelegt. Daneben gelten einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoübergrenze sowie eine Höchstgrenze für das Kreditgeschäft mit Unternehmen.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das Risikoklassifizierungsverfahren der Bank stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Daneben gibt es eine Gesamtobergrenze je Kreditnehmereinheit bzw. je Gruppe verbundener Kunden, deren

Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Der zuständige Marktfolge-Bereich überwacht täglich sämtliche Limite. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Beim verbrieften Fördergeschäft setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolios, gegebenenfalls unter Berücksichtigung erhaltener Barsicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für Marktpreisschwankungen. Dem für den Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglied werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Die Bank hat mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen und somit die Adressenausfallrisiken.

Jeweils zum Quartalsende erstellt der Bereich Banken (Marktfolge) für den Vorstand und für den vom Verwaltungsrat gebildeten bis Ende 2013 aktiven Kreditausschuss bzw. den ab 01.01.2014 aktiven Risikoausschuss nach den Vorgaben der MaRisk einen Kreditrisikobericht.

Aktuelle Risikosituation

Nach IFRS 7 ist das maximale Ausfallrisiko ohne Berücksichtigung von Sicherheiten anzugeben. Es entspricht somit den Buchwerten der betreffenden finanziellen Vermögenswerte bzw. den Nominalbeträgen bei den unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7:

	31.12.2013	31.12.2012	Änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	49.750,9	51.164,0	-1.413,1
Forderungen an Kunden	5.570,6	4.652,4	918,2
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	677,3	1.210,7	-533,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3.236,1	7.486,4	-4.250,3
Finanzanlagen	20.894,4	22.588,7	-1.694,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen	115,2	496,2	-381,0
Gesamt	80.244,5	87.598,4	-7.353,9

Für einen Großteil der dargestellten Risikopositionen hat der Konzern Sicherheiten in Form von Forderungsabtretungen, Gewährträgerhaftung sowie Staatsgarantien erhalten. Bei den restlichen Risikopositionen handelt es sich im Wesentlichen um „gedeckte Papiere“, wie Pfandbriefe.

Für die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stellt das angegebene maximale Ausfallrisiko von 3 236,1 Mio. € (7 486,4 Mio. €) das bilanzielle Forderungsvolumen auf Einzelvertragsebene dar. Die risikorelevante wirtschaftliche Besicherung erfolgt demgegenüber auf Kontrahentenebene. Mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Finanzinstrumente abgeschlossen wurden, bestehen Rahmenverträge mit Nettingwirkung und darauf aufbauend Besicherungsvereinbarungen. Unter Berücksichtigung der Nettingvereinbarungen und der Barsicherheiten errechnete sich zum 31.12.2013 ein maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7 für die derivativen Finanzinstrumente von 29,1 Mio. € (136 Mio. €).

Adressenausfallrisiko nach Bonitätsklassen:

31.12.2013

	AAA Mio. €	AA Mio. €	A Mio. €	BBB Mio. €	BB-B Mio. €	CCC-C Mio. €	D Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	12 388,9	6 137,6	26 595,4	4 503,7	125,3	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	5 536,6	0,0	13,4	20,5	0,0	0,1	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	146,7	38,9	389,0	102,7	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1,6	1 058,5	1 797,2	376,6	2,2	0,0	0,0
Finanzanlagen	10 383,9	4 995,4	2 938,3	2 393,9	158,0	24,9	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	115,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	28 572,9	12 230,4	31 733,3	7 397,4	285,5	25,0	0,0

31.12.2012

	AAA Mio. €	AA Mio. €	A Mio. €	BBB Mio. €	BB-B Mio. €	CCC-C Mio. €	D Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	11 509,6	21 861,5	13 725,3	3 760,3	260,7	46,6	0,0
Forderungen an Kunden	4 600,5	0,0	24,1	26,1	0,2	1,5	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	238,4	353,2	479,7	139,4	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	2 031,3	5 172,0	192,0	91,1	0,0	0,0
Finanzanlagen	10 302,7	5 329,8	4 852,0	1 678,1	371,1	55,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	496,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	27 147,4	29 575,8	24 253,1	5 795,9	723,1	103,1	0,0

Die Aggregation der Buchwerte bei den beiden folgenden Analysen basiert auf dem Sitzland bzw. der Gruppenzugehörigkeit auf Ebene des Geschäftspartners ohne Berücksichtigung von Konzernzusammenhängen.

Risikokonzentration nach Ländergruppen:

31.12.2013

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	47 526,8	59,3	2 224,0	2,8	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	5 570,6	6,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	677,3	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	831,4	1,0	2 134,8	2,7	269,9	0,3
Finanzanlagen	5 380,3	6,7	15 456,1	19,3	58,0	0,1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	115,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	60 101,6	74,8	19 814,9	24,8	328,0	0,4

31.12.2012

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	48 412,7	55,3	2 751,2	3,1	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	4 652,4	5,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 210,7	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 424,2	1,6	5 091,3	5,8	970,9	1,1
Finanzanlagen	5 707,3	6,5	16 843,9	19,3	37,5	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	496,2	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	61 903,5	70,7	24 686,4	28,2	1 008,5	1,1

Risikokonzentration nach Kontrahentengruppen:

31.12.2013

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	7 261,2	9,0	2 223,4	2,7	30 179,9	37,6
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	122,0	0,2	1,4	0,0	315,9	0,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	418,6	0,5	2 084,5	2,6	180,8	0,2
Finanzanlagen	1 686,8	2,1	14 667,0	18,4	2 943,0	3,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	115,0	0,1
Gesamt	9 488,6	11,8	18 976,3	23,7	33 734,6	42,0

	Genossenschafts- banken		Zentralbanken		Nichtbanken	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	10 086,4	12,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	5 570,6	6,9
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	238,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	168,9	0,2	0,0	0,0	383,3	0,5
Finanzanlagen	164,3	0,2	0,0	0,0	1 433,3	1,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Gesamt	10 657,6	13,3	0,0	0,0	7 387,4	9,2

31.12.2012

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	8 739,4	10,0	2 750,9	3,1	29 381,7	33,5
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	216,3	0,2	1,2	0,0	561,5	0,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	840,2	1,0	5 302,7	6,1	260,4	0,3
Finanzanlagen	1 509,8	1,7	15 998,9	18,3	3 320,2	3,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	496,0	0,6
Gesamt	11 305,7	12,9	24 053,7	27,5	34 019,8	38,8

	Genossenschafts- banken		Zentralbanken		Nichtbanken	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	9 491,9	10,8	800,1	0,9	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	4 652,4	5,3
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	431,7	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	234,7	0,3	0,0	0,0	848,4	1,0
Finanzanlagen	274,4	0,3	0,0	0,0	1 485,4	1,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Gesamt	10 432,7	11,9	800,1	0,9	6 986,4	8,0

Buchwerte in den Euro-Peripherie-Staaten:

31.12.2013:

	Italien	Portugal	Spanien	Gesamt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Staatsanleihen	314,4	126,8	94,7	535,9
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	924,0	413,0	2 279,7	3 616,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			2,2	2,2
Brutto-Engagement	1 238,4	539,8	2 376,6	4 154,8
Sicherheiten	577,1	286,6	2 259,2	3 122,9
Netto-Engagement	661,3	253,2	117,4	1 031,9

31.12.2012:

	Italien	Portugal	Spanien	Gesamt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Staatsanleihen	345,6	125,6	95,3	566,5
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	1 273,2	451,3	2 620,9	4 345,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			0,0	0,0
Brutto-Engagement	1 618,8	576,9	2 716,2	4 911,9
Sicherheiten	676,1	278,6	2 491,4	3 446,1
Netto-Engagement	942,7	298,3	224,8	1 465,8

Die Euro-Peripherie-Staaten werden vor dem Hintergrund der angespannten volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entwicklung intensiv beobachtet. In Irland besteht ausschließlich Swapgeschäft mit dem Tochterinstitut einer US-Großbank, das zum Jahresende kein Adressenausfallrisiko aufwies.

Freie Kreditlinien oder unwiderrufliche Kreditzusagen mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen nicht und wurden im Jahr 2013 auch nicht eingegangen. Bis auf weiteres dürfen lediglich durch Barsicherheiten besicherte Derivate abgeschlossen werden.

Den Staatsanleihen der Euro-Peripherie-Staaten sowie den Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken aus diesen Ländern waren folgende Bewertungskategorien nach IFRS zugeordnet:

	Staatsanleihen		Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Available for Sale	304,0	324,2	3 067,9	3 231,8
Held to Maturity	196,5	197,5	174,6	262,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	21,4	22,0
Designated as at Fair Value	35,4	44,8	352,8	829,6
Gesamt	535,9	566,5	3 616,7	4 345,4

Risikovorsorge

Eine Risikovorsorge auf Einzelebene wird bei ausfallgefährdeten Engagements gebildet. Dabei werden die Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Die Wertminderung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme. Die Methode der Bildung wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs näher beschrieben. Im Berichtsjahr mussten keine Einzelwertberichtigungen auf Forderungen vorgenommen werden. Ein einzelwertberichtigtes Engagement wurde vertragsgemäß zurückgezahlt. Zum 31.12.2013 bestanden keine Einzelwertberichtigungen auf Ebene des Konzerns.

Auf Ebene des Jahresabschlusses der Rentenbank besteht eine Einzelwertberichtigung von 5 Mio. € (3,6 Mio. €). Diese ist im Konzern nicht gebildet worden, da das Engagement hier erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wird.

Für latente Kreditrisiken hat der Konzern eine Portfoliowertberichtigung von 11,7 Mio. € (0,0 Mio. €) auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlustes gebildet. Die Methode der Bildung wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs beschrieben. Die Rentenbank hat im Jahresabschluss eine Pauschalwertberichtigung von 15,0 Mio. € (31,6 Mio. €) bilanziert. Die Abweichung zum Konzern basiert auf Engagements, die im Konzernabschluss erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden und somit nicht in die Berechnung einfließen.

Standardszenarien

Basis für die Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle im Standardszenario ist der unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelte potenzielle Ausfall, bezogen auf die Inanspruchnahme. Zum 31.12.2013 betrug der

kumulierte potenzielle Ausfall einschließlich eines pauschalen Risikobetrags von 50,0 Mio. € für sektorale Konzentrationsrisiken 70,4 Mio. € (88,9 Mio. €). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist überwiegend auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen sowie Bonitätsverbesserungen einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen. Der Durchschnittswert des monatlich ermittelten potenziellen Ausfalls belief sich im Geschäftsjahr 2013 auf 76,1 Mio. € (60,2 Mio. €). Im Verhältnis zum allokierten Risikodeckungspotenzial für Adressenausfallrisiken zum Stichtag ergab sich ein durchschnittlicher potenzieller Ausfall von 29,3 % (23,2 %). Die maximale Inanspruchnahme belief sich auf 87,7 Mio. € (88,9 Mio. €) und lag somit innerhalb des vom Vorstand genehmigten Limits für das Standardszenario in Höhe von 260 Mio. €. Die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 69,2 Mio. € (36,2 Mio. €).

Stressszenarien

In einem ersten Stressszenario wird der potenzielle Ausfall bezogen auf eine volle Ausnutzung der intern eingeräumten Limite unter Berücksichtigung von 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Zum 31.12.2013 belief sich der potenzielle Ausfall in diesem Stressszenario auf 83,3 Mio. € (102,3 Mio. €). In zwei weiteren Szenarien werden zudem eine Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeiten um einen länderspezifischen Faktor - mindestens Verdopplung -, eine Verschlechterung der Bonität des Engagements um mindestens zwei Stufen sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte simuliert. Bei der Risikotragfähigkeitsberechnung wird das Stressszenario mit dem höchsten Risikowert zur Anrechnung herangezogen. Zum Stichtag errechnete sich aus den obigen Stressszenarien ein maximaler potenzieller Ausfall von 176,6 Mio. € (242,0 Mio. €). Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr ist maßgeblich auf die risikoaverse Neugeschäftsstrategie sowie Limitlöschungen in schlechteren Bonitätsklassen zurückzuführen.

Auch in den Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle in den Stressszenarien ist ein pauschaler Risikobetrag für Konzentrationsrisiken im Bankensektor von 50,0 Mio. € enthalten.

Neben den Stressszenarien wurden auch zusätzliche Extremszenarien zur Untersuchung von Risikokonzentrationen betrachtet. Im Extremszenario „Ausfall der beiden Kreditnehmereinheiten mit dem größten Risiko-Exposure“ wurde zum 31.12.2013 ein potenzieller Ausfall von 1,3 Mrd. € (1,3 Mrd. €) ermittelt. Im Extremszenario „Ausfall der beiden Länderengagements mit dem größten Risiko-Exposure“ (ohne Deutschland) betrug der potenzielle Ausfall 2,0 Mrd. € (2,3 Mrd. €). Für das Extremszenario „Ausfall aller Engagements mit latenten Risiken“ ergab sich ein potenzieller Ausfall von 156 Mio. € (85 Mio. €). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf eine Verschärfung der Szenarioannahmen zurückzuführen. Die drei Extremszenarien stellen primär auf

Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab und dienen der kritischen Reflektion der Ergebnisse und der Ableitung möglichen Handlungsbedarfs.

Marktpreisrisiken

Definition

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Den potenziellen Verlust ermittelt der Konzern auf Basis des Bestands und durch Veränderungen in den gegebenen Marktparametern.

Organisation

Die Bank führt kein Handelsbuch gemäß § 1a Abs. 1 KWG (§ 1 Abs. 35 KWG n. F. i. V. m. Artikel 4 Abs. 1 Nr. 86 Verordnung(EU) Nr. 575/2013).

Aufgabe des Risikomanagements ist es, Marktpreisrisiken qualitativ und quantitativ zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen. Die Risikosteuerung wird vom Bereich Treasury wahrgenommen. Das Risikocontrolling quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt das Reporting. Die Abteilung Operations kontrolliert die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Der Konzern begrenzt das Zinsänderungsrisiko weitestgehend, indem er Bilanzgeschäfte mit derivativen Geschäften absichert. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen. Die Effektivität der Mikro-Beziehungen wird durch die Bildung von Bewertungseinheiten täglich überwacht.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft. Da Einzelpositionen im Förderkreditgeschäft aufgrund der geringen Volumina nicht zeitgleich abgesichert werden, entstehen Fristentransformationsergebnisse nur kurzfristig aus offenen Positionen.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken ermittelt der Konzern täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten. Auf Gesamtbankebene erfolgt diese Untersuchung quartalsweise für alle zinssensitiven Positionen des Konzerns mit einem barwertorientierten Modell.

Die quartalsweise durchgeführte Analyse nach den Vorgaben des Rundschreibens 11/2011 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) untersucht stichtagsbezogen die Auswirkungen von Zinsänderungen. Das Ergebnis stellt die geschätzte Änderung des Barwerts dar. Bei der Berechnung des Barwerts werden Szenarioanalysen

segmentübergreifend auf alle Finanzinstrumente, ohne Berücksichtigung des Eigenkapitals, durchgeführt. Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG besteht „unverzögliche“ Anzeigepflicht, falls die negative Veränderung des Barwerts 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Beschluss des Vorstands festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limits wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimits sensitivitätsbasiert gemessen wird.

Nur zu Informationszwecken wird täglich für das „Geldgeschäft“ ein Value at Risk (VaR) ermittelt. Prognostiziert wird der maximale, potenzielle Bewertungsverlust aufgrund von Markteffekten bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen. Die verwendeten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet. Die Einflussfaktoren bei der Bewertung des Portfolios konzentrieren sich auf die Zinskurven für Interbankenkredite (Deposit/Swap-Kurve) und Derivate (EONIA-Swap-Kurve).

Spreadrisiken

Veränderungen von Marktparametern in Form von Ausweitungen des EONIA-Deposit-Spreads oder Veränderungen des Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads), Basiswap-Spreads sowie Credit-Spreads wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen das Risikodeckungspotenzial. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Bewertungsergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungspotenzial unterlegt.

Das Spreadrisiko würde sich erst realisieren, wenn die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird bzw. wenn ein Geschäftspartner ausfällt. Unabhängig davon werden aber auch diese Bewertungsergebnisse sowohl in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung als auch in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken aus Bilanzgeschäften werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte gesichert. Offene Währungspositionen entstehen nur durch Abrechnungsspitzen und in äußerst geringem Umfang.

Standardszenarien

Im Standardszenario werden bestimmte Marktpreisschwankungen angenommen. Für alle offenen zinssensitiven Geschäfte der Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 95 % unter

Verwendung einer positiven Parallelverschiebung der Zinskurven gerechnet und den jeweiligen Limiten gegenübergestellt.

Stressszenarien

Um Risiken außergewöhnlicher Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig und anlassbezogen weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ berechnet. Im monatlichen Stressszenario wird eine parallele Verschiebung der Zinskurve analog zum Standardszenario untersucht.

Für die Ermittlung von Spreadrisiken werden mögliche Ausweitungen des EONIA-Deposit-Spreads für das „Geldgeschäft“ simuliert. Im „Kreditgeschäft“ werden eine Erhöhung der CCY-Basisswap-Spreads und der Basisswap-Spreads sowie eine Reduzierung der Credit-Spreads berechnet. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Es wird eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % unterstellt.

Limitierung und Reporting

Dem Marktpreisrisiko ist ein Risikodeckungspotenzial in Höhe des Risikolimits von 19 Mio. € (19 Mio. €) zugewiesen. Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet. Der Bilanz- und Prüfungsausschuss und ab 01.01.2014 der Risikoausschuss des Verwaltungsrats wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen durch den Risikobericht quartalsweise informiert.

Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrunde liegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und im „Kreditgeschäft“ täglich überprüft.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Hier werden die entstandenen potenziellen Bewertungsgewinne und -verluste aus Markteffekten dem VaR gegenübergestellt.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen werden quartalsweise mit dem barwertorientierten Modell zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene validiert.

Aktuelle Risikosituation

Im Geschäftsjahr 2013 wurden die Annahmen und Marktparameter zur Berechnung der Standard- und Stressszenarien validiert und angepasst. Die Anpassungen sind in den folgenden Standard- und Stressszenarien dargestellt.

Standardszenarien

Zum 31.12.2013 ergab sich für das Marktpreisrisiko im „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ bei einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Parallelverschiebung der Zinskurven um 40 Basispunkte (BP) eine Ausnutzung des Risikolimits von 5,2 Mio. € (6,7 Mio. €) bzw. 27,4 % (35,3 %). Die durchschnittliche Limitauslastung im Geschäftsjahr 2013 betrug 3,2 Mio. € (5,9 Mio. €). Dies entsprach einer durchschnittlichen Auslastung von 16,8 % (14,3 %). Im Berichtsjahr betrug der maximale Risikowert 7,5 Mio. € (15,6 Mio. €), der minimale 0,04 Mio. € (0,1 Mio. €). In den Jahren 2013 und 2012 wurden die Limite eingehalten.

Stressszenarien

Die Risikoberechnung in den Stressszenarien für das Zinsänderungsrisiko erfolgt in den Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“. Für jedes Portfolio werden die Zinskurven parallel verschoben (im Vorjahr: differenzierte Verschiebung im Rahmen von zwei Einzelszenarien). Zum Berichtsstichtag ergab sich bei der Parallelverschiebung der Zinskurven um 60 BP ein Risikowert von 7,7 Mio. €. Im Vorjahr betrug der Risikowert 8,1 Mio. € bei einer differenzierten Verschiebung der Zinskurven EONIA-Swap um 2 BP, Deposit/Swap um 60 BP für kurze Restlaufzeiten, EONIA-Swap von -2 BP und Deposit/Swap von -60 BP für lange Restlaufzeiten.

Die Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen Zinsbasen unterschiedlicher Laufzeit in gleicher Währung mittels Zinsswaps betragen bei dem parallelen Anstieg der Basiswap-Spreads um 11 BP (16 BP) 85,4 Mio. € (105,1 Mio. €).

Bei den Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Währungen wird im Szenario eine Erhöhung des CCY-Basiswap-Spread von 116 BP (105 BP) unterstellt. Hieraus ergab sich ein Spreadrisiko von 989,1 Mio. € (1 035,4 Mio. €).

Die Credit-Spreads basieren u. a. auf der Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), auf Sicherheiten sowie auf marktspezifischen Parametern (z. B. Liquidität, Staatsanleihspreeds, Arbitragemöglichkeiten). Für die Messung der Sensitivität wird innerhalb der jeweiligen Bonitätsklasse eine Parallelverschiebung von 115 BP (125 BP) für Aktiv- und 120 BP (118 BP) für Passivgeschäfte im Stressszenario vorgenommen. Die Credit-Spread-Sensitivität betrug 803,0 Mio. € (791,0 Mio. €).

Für das Bewertungsrisiko von EONIA-Swap-Deposit-Spreads wird von einer Ausweitung um 56 BP ausgegangen. Der Risikowert betrug zum Berichtstichtag 0,9 Mio. €. Im Vorjahr waren keine EONIA-Swaps im Bestand.

Value at Risk (VaR)

Der Value at Risk als der maximale Verlust aus Markteffekten im „Geldgeschäft“ bei 10-tägiger Haltedauer und einer Prognosegüte von 99 % betrug 1,1 Mio. € (0,8 Mio. €) zum 31.12.2013.

Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank

Entsprechend dem BaFin Rundschreiben wurden die plötzlichen und unerwarteten Zinsänderungen mit einem Parallelshift von $+(-)200$ BP simuliert. Das Zinsänderungsrisiko wird seit 30.09.2013 auf Gruppenebene ermittelt, da der Konzern den Gruppen-Waiver nach § 2a Abs. 6 KWG nutzt. Zum Berichtstichtag ergab sich bei steigenden Zinsen ein Risikowert von 418,9 Mio. € (323,1 Mio. €). In Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln errechnete sich eine Quote von 10,6 % (8,6 %). Zu keinem Zeitpunkt lag die Quote in den Jahren 2013 und 2012 oberhalb der Meldegrenze von 20 %.

Fremdwährungsrisiken

In keiner Wahrung war 2013 und 2012 ein materielles Risiko festzustellen. Die Fremdwahrungsnominalbestande gliederten sich wie folgt:

31.12.2013

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Gesamt
Aktiva								
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	48,9	0,0	0,0	0,0	0,0	49,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	724,0	816,6	21,2	203,6	205,4	48,6	6,7	2 026,1
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	21 651,5	1 681,3	1 417,4	1 182,5	428,1	8 031,3	3 712,4	38 104,5
Summe Aktiva	22 375,6	2 497,9	1 487,5	1 386,1	633,5	8 079,9	3 719,1	40 179,6
Passiva								
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	61,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	61,6
Verbindlichkeiten geg. Kunden	108,7	12,0	0,0	34,5	0,0	0,0	0,0	155,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	21 006,3	1 669,3	1 417,4	872,7	428,1	8 031,3	3 711,0	37 136,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	345,5	0,0	0,0	0,0	345,5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 198,9	816,6	70,1	133,4	205,4	48,6	8,1	2 481,1
Summe Passiva	22 375,5	2 497,9	1 487,5	1 386,1	633,5	8 079,9	3 719,1	40 179,5
Netto-Wahrungsposition	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1

31.12.2012

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Gesamt
Aktiva								
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	49,7	0,0	0,0	0,0	0,0	49,8
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	984,1	331,3	0,0	223,8	221,1	59,0	0,0	1 819,3
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	27 203,8	1 255,5	1 805,8	2 582,5	729,1	8 686,4	4 242,0	46 505,1
Summe Aktiva	28 188,0	1 586,8	1 855,5	2 806,3	950,2	8 745,4	4 242,0	48 374,2
Passiva								
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	64,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	64,4
Verbindlichkeiten geg. Kunden	136,4	12,3	0,0	44,0	0,0	0,0	0,0	192,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	26 427,8	1 243,2	1 723,0	2 168,8	729,1	8 686,4	4 242,0	45 220,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	22,7	0,0	82,8	457,7	0,0	0,0	0,0	563,2
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 536,6	331,3	49,7	135,8	221,1	59,0	0,0	2 333,5
Summe Passiva	28 187,9	1 586,8	1 855,5	2 806,3	950,2	8 745,4	4 242,0	48 374,1
Netto-Währungsposition	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1

Liquiditätsrisiken

Definition

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet insbesondere die Gefahr, dass Vermögensgegenstände nicht, nicht sofort oder nur mit Einbußen veräußert bzw. liquidiert werden können.

Steuerung und Überwachung

Die Liquiditätsrisiken aus den offenen Liquiditätssalden der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes und an den Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank orientierten Limit begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsrisiken täglich und informiert den Vorstand und den Bereich Treasury über die Ergebnisse.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP Platzierungen und Offenmarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft und Gelder bis zu zwei Jahren über das Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm, Loans, Globalanleihen bzw. inländische Kapitalmarktinstrumente aufgenommen werden.

Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren das frei verfügbare Refinanzierungspotenzial nicht überschreiten. Der Konzern hält gemäß den Regelungen der MaRisk ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vor, um den kurzfristigen Refinanzierungsbedarf von mindestens einer Woche zu überbrücken und einen zusätzlichen Refinanzierungsbedarf aus Stressszenarien zu decken.

In der mittel- und langfristigen Liquiditätsrechnung werden die Kapitalzu- und -abflüsse der kommenden fünfzehn Jahre quartalsweise kumuliert und fortgeschrieben. Die negativen kumulierten Zahlungsströme dürfen ein vom Vorstand festgelegtes Limit nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrunde liegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

Die Liquiditätsrisiken werden im Risikotragfähigkeitskonzept nicht mit Risikodeckungspotenzial unterlegt, da der Konzern über ausreichende liquide Mittel verfügt und sich im Übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings jederzeit weitere benötigte

liquide Mittel am Interbankengeldmarkt bzw. bei Marktstörungen im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite und Sicherungsabtretung nach KEV-Verfahren) beschaffen kann.

Stressszenarien

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditätsszenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. eines Rückgangs der positiven Marktwerte von Derivateportfolios. Mit dem Szenario-Mix wird das kumulierte Eintreten von Stressszenarien simuliert. Bei risikorelevanten Ereignissen werden Stresstests auch anlassbezogen durchgeführt.

Liquiditätskennziffern nach der Liquiditätsverordnung

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden die Zahlungsmittel und -verpflichtungen täglich für die verschiedenen zahlungswirksamen bilanziellen und außerbilanziellen Geschäftsarten ermittelt. Diese werden nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben gewichtet und ins Verhältnis gesetzt. Ferner werden im Rahmen einer Hochrechnung diese Kennziffern auch für zukünftige Stichtage berechnet. Im Berichtsjahr 2013 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,36 und 3,98 (2,70 und 4,82) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

Reporting

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die mittel- und langfristige Liquidität, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Bilanz- und Prüfungsausschuss und ab 01.01.2014 der Risikoausschuss des Verwaltungsrats werden hierüber quartalsweise informiert.

Aktuelle Risikosituation

Aufgrund der Triple-A-Ratings stehen der Bank kurzfristig Refinanzierungsmöglichkeiten im Geld- und Kapitalmarkt zur Verfügung. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe des frei verfügbaren Refinanzierungspotenzials beschafft werden. Dieses deckte stets den Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren ab.

Das Limit für den mittel- und langfristigen Liquiditätsbedarf wurde in den Geschäftsjahren 2013 und 2012 stets eingehalten.

Stressszenarien

Auch in Bezug auf die Liquiditätsrisiken führt die Rentenbank Szenarioanalysen durch. Hierbei wird der aus allen Szenarien resultierende Liquiditätsbedarf zu den bereits bekannten Zahlungsströmen hinzugerechnet, um so die Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Bank zu untersuchen. Die Ergebnisse der Szenarioanalysen zeigten zum Berichtstag, ebenso wie im Vorjahr, dass der Konzern seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt hätte nachkommen können.

Operationelle Risiken

Definition

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Personen oder aus externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen Rechtsrisiken, Risiken aus Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbaren Handlungen, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählen unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- und Reputationsrisiken.

Organisation

Die operationellen Risiken des Konzerns werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, die an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (z. B. Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert der Konzern, indem soweit wie möglich standardisierte Verträge genutzt werden. Die Rechtsabteilung wird hierbei frühzeitig in Entscheidungen einbezogen.

Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25c KWG werden Risiken aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbaren Handlungen, die das Vermögen des Konzerns in Gefahr bringen könnten, identifiziert und organisatorische Maßnahmen zur Optimierung der Organisation zur Prävention von Risiken aus diesen Bereichen abgeleitet. Der Konzern analysiert die Einhaltung genereller und institutsspezifischer Anforderungen an eine wirksame Organisation zur Prävention sonstiger strafbarer Handlungen.

Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken erfasst. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen

und unwesentlichen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen, d. h. für wesentliche Auslagerungen gelten besondere Anforderungen, insbesondere an den Auslagerungsvertrag, den Turnus der Risikoanalyse und die Berichterstattung.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Der Konzern hat einen IT-Sicherheitsbeauftragten benannt und ein IT-Sicherheitskonzept implementiert. Der IT-Sicherheitsbeauftragte überwacht die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von informationsverarbeitenden und -lagernden Systemen. Bei allen IT-Störfällen ist er eingebunden.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise hinsichtlich der Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auch Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in diese Pläne integriert.

Quantifizierung der operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts mit einem an den aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden auf Basis des Geschäftsumfangs festgelegt.

Alle Schadensereignisse des Konzerns werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Alle laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfassen dezentral die Operational-Risk-Beauftragten. Das Risikocontrolling analysiert und aggregiert die Schadensfälle und entwickelt das Instrumentarium methodisch weiter.

Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden für die Self Assessments wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien auch unter Aspekten der Betrugsprävention innerhalb der bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert. Anschließend werden Risikoereignisse identifiziert, nach Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet und gegebenenfalls durch zusätzliche Präventivmaßnahmen reduziert.

Um frühzeitig auf Veränderungen im Risikoprofil des Konzerns reagieren zu können, wurden Risikoindikatoren für drohende Verluste für alle wesentlichen Risikoarten definiert. Auf dieser Basis können angemessene Maßnahmen zur Risikobewältigung ergriffen werden.

Limitierung und Reporting

Für die operationellen Risiken wird das Limit anhand des modifizierten aufsichtsrechtlichen Basisindikatorenansatzes ermittelt. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Vorstand, den Bilanz- und Prüfungsausschuss sowie den ab 01.01.2014 aktiven Risikoausschuss des Verwaltungsrats und den Führungskreis I.

Aktuelle Risikosituation

Die Auslastung des operationellen Risikos im Standardszenario betrug am Stichtag 29,7 Mio. € (31,5 Mio. €). Im Stressszenario wurde zum Stichtag ein Risikowert von 59,4 Mio. € (63,1 Mio. €) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein bedeutendes Schadensereignis (ab 5 Tsd. €) in der Schadensfalldatenbank mit einem Verlust von 27 Tsd. € erfasst. Im Vorjahr gab es vier bedeutende Einzelverluste aus operationellen Risiken mit einem Nettoverlust von zunächst erwarteten 97 Tsd. €, der sich im Geschäftsjahr 2013 auf 4 Tsd. € verminderte.

Alle Risikoindikatoren blieben zum Berichtsstichtag unter den festgelegten Schwellenwerten.

Regulierungs- und Reputationsrisiken

Definition

Das Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis des Konzerns auswirkt. Zusätzlich besteht das Risiko, dass regulatorische Anforderungen unzureichend erfüllt werden.

Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken. Sie können u. a. die Refinanzierungsfähigkeit der Rentenbank gefährden. Aufgrund der Triple-A-Ratings bestehen aber grundsätzlich entsprechende Refinanzierungsmöglichkeiten. Bei der Vergabe der Triple-A-Ratings stellen der gesetzliche Förderauftrag der Rentenbank und die damit verbundene besondere Haftung des Bundes maßgebliche Faktoren dar.

Steuerung und Überwachung

Regulierungs- und Reputationsrisiken können sich auf das Neugeschäft und damit auf die Marge negativ auswirken. Sie werden in den verschiedenen Szenarien der Ertragsplanung berücksichtigt. Die Überwachung erfolgt monatlich im Rahmen von Abweichungsanalysen der Gewinn- und Verlustrechnung. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus den durchgeführten Self Assessments und die Einträge in die Schadensfalldatenbank berücksichtigt.

Reporting

Der vom Verwaltungsrat gebildete Verwaltungsausschuss erörtert die Ertragsplanung der Bank. Der Vorstand sowie der Bilanz- und Prüfungsausschuss und ab 01.01.2014 der Risikoausschuss des Verwaltungsrats werden quartalsweise darüber informiert, ob bedeutende Schadensereignisse eingetreten sind bzw. wesentliche Risiken in den Self Assessments identifiziert wurden.

Aktuelle Risikosituation

Das Risiko wird, wie die Ertragsplanung zeigt, als beherrschbar eingeschätzt, da kein Szenario die Risikotragfähigkeit gefährdet.

Schadensereignisse aus Regulierungs- oder Reputationsrisiken traten im Berichtszeitraum nicht ein.

Risikotragfähigkeit – „Going Concern-Ansatz“

In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken des Konzerns in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien einem Anteil des Risikodeckungspotenzials gegenübergestellt. Liquiditäts-, Reputations- und Regulierungsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept nicht angerechnet. Sie werden aufgrund ihrer Eigenart nicht einbezogen, da sie nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial begrenzt werden können. Stattdessen werden diese Risikoarten im Rahmen der entsprechenden Risikosteuerungs- und -controllingprozesse berücksichtigt.

Das Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“. Der Betrachtungshorizont ist auf ein Jahr festgelegt.

Im „Going Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen. Nach Abzug der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen von 4 % (Kernkapital) bzw. 8 % (Gesamtkapital) zum 31.12.2013 und aufsichtsrechtlichen Korrekturposten vom Risikodeckungspotenzial müssen noch genügend Kapitalbestandteile vorhanden sein, um die Risiken aus den konservativ festgesetzten Stressszenarien (Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 %) abdecken zu können.

Risikodeckungspotenzial

Mit dem Risikodeckungspotenzial werden erwartete und unerwartete Verluste unterlegt. Das Risikodeckungspotenzial leitet sich aus den Konzernzahlen nach IFRS ab. Das Risikodeckungspotenzial 1 unterlegt dabei die Risiken aus den Standardszenarien und das Risikodeckungspotenzial 2 unterlegt die Risiken aus den Stressszenarien.

Das Risikodeckungspotenzial stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2013	31.12.2012
	Mio. €	Mio. €
Verfügbares Betriebsergebnis	240,0	240,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	74,0	74,0
Risikodeckungspotenzial 1	314,0	314,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	1 854,0	1 978,8
Eigenbonitätseffekt	0,0	- 16,8
Neubewertungsrücklage	46,5	- 179,6
Stille Lasten in Wertpapieren	- 6,1	- 8,1
Risikodeckungspotenzial 2	2 208,4	2 088,3
Gewinnrücklagen (anteilig)	1 071,5	500,0
Gezeichnetes Eigenkapital (Grundkapital)	135,0	135,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	924,4
Risikodeckungspotenzial 3	3 414,9	3 647,7

Das verfügbare Betriebsergebnis in Höhe von 240 Mio. € (240 Mio. €) leitet sich aus dem IFRS-Planergebnis ab. Nachrangige Verbindlichkeiten werden seit dem 31.12.2013 nicht mehr im Risikodeckungspotenzial angerechnet.

Die Allokation des Risikodeckungspotenzials 1 auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelles Risiko stellte sich wie folgt dar:

	31.12.2013		31.12.2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	260,0	82,8	260,0	82,8
Marktpreisrisiko	19,0	6,1	19,0	6,1
Operationelles Risiko	35,0	11,1	35,0	11,1
Gesamtrisiko	314,0	100,0	314,0	100,0
Risikodeckungspotenzial 1	314,0	100,0	314,0	100,0

Das Risikodeckungspotenzial 2 fungiert als Globallimit und wird nicht auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt.

Risikoszenarien

Zur Berechnung der möglichen Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials werden Standard- und Stressszenarien analysiert. Gemäß den vordefinierten Szenarien ermittelt der Konzern über Sensitivitätsanalysen Risikowerte für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken.

Standardszenarien

In den Standardszenarien werden mögliche Marktpreisschwankungen, Kreditausfälle und das Eintreten bedeutender operationeller Schadensfälle angenommen. Die dadurch bedingte Veränderung der Risikowerte wird dem Risikodeckungspotenzial 1 gegenübergestellt. Der mögliche Verlust aus den Standardszenarien soll das verfügbare Betriebsergebnis zuzüglich eines Anteils der Gewinnrücklagen nicht übersteigen (Risikodeckungspotenzial 1). Die angenommene Eintrittswahrscheinlichkeit der Standardszenarien für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken beträgt 95 %. Die Risiken werden auf Tagesbasis überwacht.

Die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die Auslastung des Risikodeckungspotenzials zeigt folgende Tabelle:

	Standardszenarien			
	31.12.2013		31.12.2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	70,4	66,9	89,0	69,9
Marktpreisrisiko	5,2	4,9	6,7	5,3
Operationelles Risiko	29,7	28,2	31,5	24,8
Gesamtrisiko	105,3	100,0	127,2	100,0
Risikodeckungspotenzial 1	314,0		314,0	
Auslastung		33,5		40,5

Für sektorale Konzentrationsrisiken ist ein pauschaler Risikobetrag in Höhe von 50 Mio. € in den Szenarien für Adressenausfallrisiken enthalten. Der Rückgang des Anrechnungsbetrags für Adressenausfallrisiken gegenüber dem Vorjahr ist auf Fälligkeiten in den schlechteren Bonitätsklassen und die Bonitätsverbesserung einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen.

Stressszenarien

Mit den Stressszenarien analysiert der Konzern die Auswirkungen außergewöhnlicher Parameteränderungen. Für das Adressenausfallrisiko werden hier eine volle Ausnutzung aller intern eingeräumten Limite, Bonitätsverschlechterungen unserer Kontrahenten, eine Erhöhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte innerhalb des Gesamtkreditportfolios unterstellt.

Die Stressszenarien der Marktpreisrisiken umfassen eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven, eine Ausweitung des EONIA-Deposit-Spreads, eine Veränderung der Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen zwei Zinsbasen in gleicher Währung und eine Veränderung der Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen zwischen unterschiedlichen Währungen sowie eine Veränderung der Credit-Spreads.

Für operationelle Risiken wird im Stressszenario gegenüber dem Standardszenario eine Verdopplung der Schadenshöhe unterstellt.

Es wird von einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % ausgegangen.

Die Risikowerte aus den einzelnen Risikoarten (Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken) werden addiert und dem Risikodeckungspotenzial 2 gegenübergestellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken innerhalb des Marktpreisrisikos, insbesondere bei den Spreadrisiken, werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Die folgende Tabelle stellt die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die kalkulatorische Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials dar:

	Stressszenarien			
	31.12.2013		31.12.2012	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	176,6	34,2	242,0	36,5
Marktpreisrisiko	7,7	1,5	8,1	1,2
Marktpreisrisiko (Spreadrisiko)	272,4	52,8	349,5	52,8
Operationelles Risiko	59,4	11,5	63,1	9,5
Gesamtrisiko	516,1	100,0	662,7	100,0
Risikodeckungspotenzial 2	2 208,4		2 088,3	
Auslastung		23,4		31,7

„Going Concern-Ansatz“

Nach Abzug von aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen und Korrekturposten vom Risikodeckungspotenzial muss noch genügend Kapital vorhanden sein, um die Risiken aus den Stressszenarien abdecken zu können. Dieses Kapital entspricht dem Risikodeckungspotenzial 2.

Nach der Erfüllung der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Mindestkapitalquoten von derzeit 4 % für das Kernkapital und von 8 % für das Gesamtkapital stand zum Berichtsstichtag ausreichend Risikodeckungspotenzial 2 zur Verfügung, um die Risikowerte aus den Stressszenarien zu unterlegen. Dies gilt ebenso für die von der Bank gesetzte interne Warnmarke von 14 % für die Kernkapitalquote.

In der Dreijahresplanung vom 31.12.2013 wird nach Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ebenfalls noch genügend Kapital für die Unterlegung der Stressszenarien im „Going Concern-Ansatz“ bereitgestellt.

Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“

In einem weiteren Steuerungskreis wird die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ beobachtet.

Bei einem „Liquidationsansatz“ steht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stillen Reserven und Lasten im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt. Danach muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien abzudecken. Liquidations- bzw. Extremszenarien mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99,99 % werden für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken simuliert. Die Szenarien werden mit strengen, auf seltene Verlustausprägungen abstellenden Risikomaßen und Parametern quantifiziert.

Die Extremszenarien für Adressenausfallrisiken beurteilen Risikokonzentrationen des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen. Die Marktpreisrisiken werden mit der höheren Eintrittswahrscheinlichkeit von 99,99 % unter den gleichen Prämissen wie bei den Stressszenarien ermittelt. Für operationelle Risiken wird im Liquidationsszenario gegenüber dem Standardszenario eine Vervielfachung der Schadensfälle unterstellt.

Um Risiken aus den Extrem- bzw. Liquidationsszenarien mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen, wird das maximal zur Risikoabdeckung eingesetzte Risikodeckungspotenzial bestimmt. Es werden keine geplanten und noch nicht erzielten Gewinne (verfügbares Betriebsergebnis) berücksichtigt. Stille Reserven und stille Lasten fließen dagegen vollständig ein.

Der in den Liquidations- bzw. Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall soll das Risikodeckungspotenzial nicht überschreiten. Dieser Steuerungskreis dient vorrangig dazu, Ergebnisse zu beobachten und kritisch zu reflektieren.

Die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ war in den Jahren 2013 und 2012 gegeben.

Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung

Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken werden darüber hinaus inversen Stresstests unterzogen. Ausgangspunkt ist ein maximal zu tragender Verlust, abgeleitet aus dem Risikodeckungspotenzial des Konzerns. Die angenommenen Szenarien haben eine niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit.

Außerdem werden die Auswirkungen eines konjunkturellen wirtschaftlichen Abschwungs auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Auch in diesem Szenario war die Risikotragfähigkeit des Konzerns in den Jahren 2013 und 2012 nicht gefährdet.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Aufsichtsrechtlich erhöhten sich die Eigenmittel der Institutsgruppe zum 31.12.2013 vor Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses auf 3 962,5 Mio. € (3 758,4 Mio. €). Der Konzern hat der Deutschen Bundesbank und der BaFin die Befreiung von den Solvenz- und Großkreditmeldepflichten nach §§ 10, 13 und 13a KWG auf Einzelinstitutsebene – gemäß § 2a Abs. 6 KWG „Waiver-Regelung“ – ab dem 30.09.2013 angezeigt. Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung (SolvV) errechnete Gesamtkapitalquote von 29,3 % (28,2 %) und die Kernkapitalquote von 23,9 % (21,8 %) lagen am Bilanzstichtag weit über den relevanten gesetzlichen Mindestanforderungen.

Rechnungslegungsprozess

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung der erforderlichen Jahres- und Konzernabschlüsse.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist es, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den in der EU verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Diese Regelungen werden in Handbüchern und Arbeitsanweisungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche und regulatorische Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ stellt die rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses entspricht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) und ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Geldgeschäfts-, Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten der Nebenbücher werden über automatisierte Schnittstellen ins

Hauptbuch übertragen. Für die Buchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Bewertung zum Zeitwert erfolgt täglich automatisiert anhand von externen Marktkursen und anerkannten Bewertungsmodellen.

Die Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Beachtung der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach IFRS übergeleitet und in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung wird das Vier-Augen-Prinzip beachtet.

In der Finanzbuchhaltung wird eine eigenentwickelte Finanzsoftware eingesetzt. Die Vergabe aufgabenspezifischer Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermeiden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsrountinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, Fehler zeitnah zu entdecken und zu korrigieren. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögenswerten und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem werden diese bei besonderen Ereignissen zeitnah informiert.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31.12.2012 Mio. €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		0,1		0,2
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>32,4</u>		<u>204,2</u>
darunter:			32,5	204,4
bei der Deutschen Bundesbank Mio. € 32,4 (i. Vj. Mio. € 204,2)				
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		304,4		808,4
b) andere Forderungen		<u>49 738,1</u>		<u>50 407,2</u>
			50 042,5	51 215,6
3. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert Mio. € -, - (i. Vj. Mio. € -, -)				
Kommunkredite Mio. € 5 218,2 (i. Vj. Mio. € 4 251,6)			5 451,3	4 560,9
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	1 317,8			1 345,7
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank Mio. € 1 216,4 (i. Vj. Mio. € 1 226,9)				
ab) von anderen Emittenten	<u>18 550,9</u>	19 868,7		20 047,0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank Mio. € 17 406,5 (i. Vj. Mio. € 19 036,7)				
b) eigene Schuldverschreibungen		<u>433,2</u>		<u>633,6</u>
Nennbetrag Mio. € 456,3 (i. Vj. Mio. € 700,7)			20 301,9	22 026,3
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0,2	0,2
6. Beteiligungen				
darunter:				
an Kreditinstituten Mio. € -, - (i. Vj. Mio. € -, -)				
an Finanzdienstleistungsinstituten Mio. € -, - (i. Vj. Mio. € -, -)			4,2	4,2
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter:				
an Kreditinstituten Mio. € -, - (i. Vj. Mio. € -, -)				
an Finanzdienstleistungsinstituten Mio. € -, - (i. Vj. Mio. € -, -)			0,0	0,0
8. Treuhandvermögen				
darunter:				
Treuhandkredite Mio. € 106,7 (i. Vj. Mio. € 104,5)			106,7	104,5
9. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			15,2	14,1
10. Sachanlagen			16,4	17,1
11. Sonstige Vermögensgegenstände			1 712,0	1 034,1
12. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		408,0		3,9
b) andere		<u>160,1</u>		<u>1,2</u>
			568,1	5,1
Summe der Aktiva			<u>78 251,0</u>	<u>79 186,5</u>

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

			Passivseite	
			31.12.2012	Mio. €
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		0,0		1,0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>6 272,1</u>		<u>3 597,5</u>
			<u>6 272,1</u>	<u>3 598,5</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig		64,2		69,3
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>4 666,1</u>		<u>5 179,8</u>
			<u>4 730,3</u>	<u>5 249,1</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			61 433,8	62 151,4
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter:				
Treuhandkredite Mio. € 106,7 (i. Vj. Mio. € 104,5)			106,7	104,5
5. Sonstige Verbindlichkeiten			533,8	3 683,2
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		159,0		0,9
b) andere		<u>486,6</u>		<u>29,4</u>
			<u>645,6</u>	<u>30,3</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		92,1		86,4
b) andere Rückstellungen		<u>327,8</u>		<u>312,8</u>
			<u>419,9</u>	<u>399,2</u>
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			597,7	717,5
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken			2 437,3	2 219,2
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	769,9			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	48,5			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	<u>39,7</u>	858,1		769,9
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	115,9			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	<u>48,5</u>	67,4		115,9
c) Bilanzgewinn			<u>13,3</u>	<u>12,8</u>
			<u>1 073,8</u>	<u>1 033,6</u>
Summe der Passiva			<u>78 251,0</u>	<u>79 186,5</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			2,0	2,7
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			1 828,2	1 238,9

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Aufwendungen

				2012
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1. Zinsaufwendungen			3 428,3	2 406,5
2. Provisionsaufwendungen			1,9	2,4
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	22,2			20,5
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	7,6			5,1
darunter:		29,8		25,6
für Altersversorgung Mio. € 4,8 (Vj. Mio. € 2,4)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		18,9		17,1
			48,7	42,7
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			4,5	2,0
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			13,4	7,8
6. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			218,1	291,0
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,0	0,0
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,0	0,0
9. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			0,1	0,1
10. Jahresüberschuss			53,0	51,0
Summe der Aufwendungen			3 768,0	2 803,5
1. Jahresüberschuss			53,0	51,0
2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			48,5	21,8
3. Einstellungen in die Gewinnrücklage in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank				
aus der Deckungsrücklage			48,5	21,8
aus dem Jahresüberschuss			39,7	38,2
4. Bilanzgewinn			13,3	12,8

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Erträge	
	Mio. €	2012 Mio. €
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	3 148,7	2 055,5
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	591,9	703,1
	3 740,6	2 758,6
2. Laufende Erträge aus		
a) Beteiligungen	0,4	0,8
3. Provisionserträge	0,2	0,3
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	15,2	27,4
5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	7,2	10,9
6. Sonstige betriebliche Erträge	4,4	5,5
Summe der Erträge	3 768,0	2 803,5

Anhang für das Geschäftsjahr 2013

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main (im Folgenden: Rentenbank), wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den Formblättern der RechKredV.

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet. Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien aus Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Einmalzahlungen aus Swaps (Upfront-Zahlungen) werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit zeitanteilig aufgelöst. Zero-Bonds werden mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken – Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Zur Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen wendet die Bank ein auf internen Ratings basierendes Expected Loss-Verfahren an.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten festverzinslichen Wertpapiere werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um dauerhafte Wertminderungen, bilanziert. Aktien, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden, soweit sie der Liquiditätsreserve zugeordnet wurden, nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 5 HGB) bewertet. Die Bank führt kein Handelsbuch gemäß § 1a Abs. 1 KWG (§ 1 Abs. 35 KWG n.F. i.V.m. Artikel 4 Abs. 1 Nr. 86 der Verordnung(EU) Nr. 575/2013). Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, bilanziert.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte werden unter Beachtung der handelsrechtlichen Bestimmungen mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter der Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen

passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekannt gegeben werden. Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach den Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sog. „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode). Der Rückstellungsbetrag gemäß der PUC-Methode ist definiert als der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen, der von den Mitarbeitern bis zu diesem Zeitpunkt gemäß Rentenformel und Unverfallbarkeitsregelung aufgrund ihrer in der Vergangenheit abgeleisteten Dienstzeiten verdient worden ist. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die Richttafeln 2005 G mit Vollanpassung 2011 von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Im Rahmen der Berechnung zum 31. Dezember 2013 wurden die folgenden Parameter zugrunde gelegt:

- Rechnungszins gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB 4,90 % p.a.
- Karrieretrend 1,00 % p.a.
- Dynamik der anrechenbaren Bezüge 2,25 % p.a.
- Rententrends (Bandbreite der Anpassung) 1,0–2,25 % p.a.
- Fluktuation durchschnittlich 2,00 % p.a.
- Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenzen 2,5 % p.a.

Rückstellungen für Programmkredite decken die Zinsunterdeckungen für die gesamte Kreditlaufzeit bzw. bis zum Zinsanpassungstermin. Die vor der BilMoG-Anwendung gebildeten Rückstellungen für Zinsunterdeckungen der Programmkredite werden unter der Bezugnahme auf das Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten.

Zur Berechnung eines etwaigen rückstellungspflichtigen Betrages im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs wurde ein periodischer (GuV-orientierter) Ansatz verwendet. Das Bankbuch umfasst alle zinstragenden Geschäfte der Bank und wird einheitlich gesteuert. Zur Berechnung wurden die zukünftigen Periodenergebnisse des Bankbuchs durch die Ergebnisbeiträge der geschlossenen und offenen Zinspositionen bestimmt. Die Diskontierungen dieser zukünftigen Zahlungsströme erfolgten jeweils auf Basis allgemein anerkannter fristenadäquater Geld- und Kapitalmarktsätze zum Abschlussstichtag. Die Risikokosten wurden auf der Grundlage zukünftig erwarteter Verluste (Expected Loss) berechnet und die anteiligen Verwaltungskosten für die Bestandsverwaltung auf Basis interner Auswertungen angesetzt.

Als Ergebnis aus der Berechnung ergab sich zum 31. Dezember 2013 kein Rückstellungsbedarf.

Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB werden ausschließlich zur Sicherung des Fremdwährungsrisikos gebildet. Zur Absicherung von Währungsrisiken setzt die Rentenbank Währungsswaps und Zins-Währungsswaps ein. Die Sicherung von Währungsrisiken erfolgt mittels dispositiven Bewertungseinheiten.

Die Währungsumrechnung und bilanzielle Darstellung der Geschäfte ohne Währungssicherung erfolgt gemäß § 340h i.V.m. § 256a HGB und § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB. Nach § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB findet der Ausweis der Erträge aus der Währungsumrechnung unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ und der Aufwendungen aus der Währungsumrechnung im Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ statt.

Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Latente Steuern gem. § 274 HGB sind demnach im Jahresabschluss der Rentenbank nicht zu bilden.

Die Rentenbank stellt unter Einbeziehung der LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main und der DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, einen Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, gemäß § 315a HGB auf.

Angaben zur Bilanz

Die Angaben und Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzposten erfolgen nach der Reihenfolge der Bilanzposten. Unterschiedsbeträge zum Bilanzausweis ergeben sich aus der Darstellung ohne anteilige Zinsen.

Aktiva		31.12.2013	31.12.2012
		Mio. €	Mio. €
Pos. 2:	Forderungen an Kreditinstitute		
	Gliederung des Unterpostens b) – andere Forderungen – nach Restlaufzeit:		
	• bis drei Monate	2 917	5 748
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	3 446	4 152
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	23 459	20 135
	• mehr als fünf Jahre	18 968	19 246
Pos. 3:	Forderungen an Kunden		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	• Forderungen an verbundene Unternehmen	144	153
	Gliederung dieses Bilanzpostens nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	651	9
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	1 260	325
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1 793	3 221
	• mehr als fünf Jahre	1 585	816
	Forderungen an Kunden mit unbestimmter Restlaufzeit i.S.d. § 9 Abs. 3 Nr. 1 RechKredV bestehen nicht.		
Pos. 4:	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	Von den sämtlich börsenfähigen Wertpapieren sind:		
	• börsennotiert	19 582	21 268
	• nicht börsennotiert	403	406
	Dem Anlagevermögen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von 19 985 Mio. € (31.12.2012: 21 674 Mio. €) zugeordnet. Diese werden nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der dauerhaften Anlageabsicht wird bei einer voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung von einer Abwertung auf den beizulegenden Wert abgesehen. Insbesondere wird keine Abschreibung vorgenommen, sofern die festgestellte Wertminderung nur vorübergehend in Bezug auf die künftige Ertragslage ist und mit der vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit gerechnet wird.		
	Der Buchwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, beträgt 1 439 Mio. €. Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 1 422 Mio. €. Zur Ermittlung dieses Betrags wurden Börsen- oder Marktpreise herangezogen. Die vermiedenen Abschreibungen betragen demnach 17 Mio. € (31.12.2012: 54 Mio. €). Dauerhafte Wertminderungen lagen für die Wertpapiere des Anlagevermögens nicht vor (31.12.2012: -, - Mio. €).		

Aktiva		31.12.2013	31.12.2012
		Mio. €	Mio. €
Pos. 4:	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden:		
	<ul style="list-style-type: none"> • von öffentlichen Emittenten • von anderen Emittenten 	50	103
		2 863	3 527
Pos. 5:	Der Gesamtbestand von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist börsenfähig und börsennotiert.		
Pos. 6 und 7:	Die Bilanzposten Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Wertpapiere.		
Pos. 8:	Treuhandvermögen		
	Hierin sind enthalten:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank • Forderungen an Kreditinstitute 	106	102
		1	2
Pos. 9:	Immaterielle Anlagewerte		
	Hierin sind enthalten:		
	<ul style="list-style-type: none"> • entgeltlich erworbene Software und Lizenzen 	15	14
Pos. 10:	Sachanlagen		
	Hierin sind enthalten:		
	<ul style="list-style-type: none"> • eigengenutzte Grundstücke und Gebäude, Wohnungen • fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude • Betriebs- und Geschäftsausstattung 	0	0
		15	16
		1	1
Pos. 11:	Sonstige Vermögensgegenstände		
	Hierin sind enthalten:		
	gestellte Barsicherheiten für derivative Verträge	1 711	1 034
Pos. 12:	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Abweichend zum Vorjahr werden Agien, Disagien der abgesicherten Grundgeschäfte und Einmalzahlungen aus Swaps (Upfront-Payments) auf Einzelgeschäftsebene ausgewiesen.		
	Hierin sind enthalten:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB • Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 3 HGB • Upfront-Zahlungen aus derivativen Geschäften 	184	0
		224	4
		159	0

Anlagenspiegel

Anlagevermögen Mio. €	Anschaf- fungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Zu- schrei- bungen	Kumu- lierte Ab- schrei- bungen	Buch- wert 31.12.13	Buch- wert 31.12.12	Ab- schrei- bungen 2013
Immaterielle Anlagewerte	16	4	-	-	5	15	14	3
Sachanlagen	32	1	1	-	16	16	17	1
Wertpapiere des Anlagevermögens	21 687	2 167	3 860	4	13	19 985	21 674	-
Beteiligungen	4	-	-	-	0	4	4	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	27	-	-	-	27	0	0	-

Passiva		31.12.2013	31.12.2012
		Mio. €	Mio. €
Pos. 1:	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	3 254	279
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	549	290
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1 327	1 771
	• mehr als fünf Jahre	370	460
	Gesamtbetrag ohne anteilige Zinsen	5 500	2 800
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 Ziff. 1 LwRentBkG	422	770
Pos. 2:	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	• Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	0	0
	• Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3	11
	Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	345	210
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	211	459
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	907	1 045
	• mehr als fünf Jahre	3 067	3 312
	Gesamtbetrag ohne anteilige Zinsen	4 530	5 026
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 Ziff. 1 LwRentBkG	926	1 501
Pos. 3:	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	a) begebene Schuldverschreibungen		
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis ein Jahr	9 967	14 645
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	37 295	33 711
	• mehr als fünf Jahre	13 543	12 979
	Gesamtbetrag ohne anteilige Zinsen	60 805	61 335
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 Ziff. 1 LwRentBkG	0	2

Passiva		31.12.2013	31.12.2012
		Mio. €	Mio. €
Pos. 4:	Treuhandverbindlichkeiten		
	Hierin sind enthalten:		
	• Verbindlichkeiten aus dem Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	106	102
	• Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1	2
Pos. 5:	Sonstige Verbindlichkeiten		
	Hierin sind enthalten:		
	• erhaltene Barsicherheiten für derivative Verträge	525	3 670
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis ein Jahr	525	3 670
Pos. 6:	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Abweichend zum Vorjahr werden Agien, Disagien der abgesicherten Grundgeschäfte und Einmalzahlungen aus Swaps (Upfront-Payments) auf Einzelgeschäftsebene ausgewiesen.		
	Hierin sind enthalten:		
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB	3	1
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 2 HGB	156	0
	• Upfront-Zahlungen aus derivativen Geschäften	461	0
Pos. 8:	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis ein Jahr	-	103
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	59	26
	• mehr als fünf Jahre	539	589
	Gesamtbetrag	598	718
	Die Nachrangverbindlichkeiten sind in Form von Schuldscheindarlehen, Loan Agreements und Inhaberpapieren mit Globalurkunden ausgestaltet. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 598 Mio. € (Vorjahr: 718 Mio. €) beträgt der Nettoaufwand nach Sicherung 1 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €). Die Bedingungen aller Nachrangverbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus. Angaben nach § 35 Abs. 3 RechKredV zu jeder 10 % des Gesamtbetrags der Nachrangverbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:		
	1. Anleihe über nominal 25 Mrd. JPY; Buchwert: 158 Mio. €; Fälligkeit: 21.04.2036; Zinssatz vor Sicherung: 2,8 %		
	2. Anleihe über nominal 10 Mrd. JPY; Buchwert: 62 Mio. €; Fälligkeit: 28.10.2019; Zinssatz vor Sicherung: 2,0 %		
	3. Anleihe über nominal 100 Mio. €; Buchwert: 100 Mio. €; Fälligkeit: 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung: 1,676 %		
	4. Anleihe über nominal 100 Mio. €; Buchwert: 100 Mio. €; Fälligkeit: 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung: 1,706 %		

Angaben unter dem Strich		31.12.2013	31.12.2012
		Mio. €	Mio. €
Pos. 1:	Eventualverbindlichkeiten		
	<ul style="list-style-type: none"> • Ausfallbürgschaften • Verbürgung von Sicherheitsleistungen <p>Ausfallbürgschaften wurden für zinsverbilligte Kapitalmarktkredite übernommen. Mit der Inanspruchnahme aus der Bürgschaften ist nach unserer Einschätzung nicht zu rechnen. Für die zinsverbilligten Kapitalmarktkredite bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand.</p>	2 0	3 0
Pos. 2:	Andere Verpflichtungen		
	Die Erhöhung der unwiderruflichen Kreditzusagen um 589 Mio. € auf den Gesamtbestand in Höhe von 1 828 Mio. € ist auf eine Zunahme der Zusagen im Förderkreditgeschäft und besicherten Geldgeschäft zurückzuführen. Diese Zusagen werden überwiegend im Jahr 2014 in Anspruch genommen.		
Fremdwährung			
	Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden bestehen in folgender Höhe:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Vermögensgegenstände • Schulden 	2 358 37 992	1 869 46 031
Deckungsrechnung			
	Die deckungspflichtigen Verbindlichkeiten verteilen sich auf:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Inhaberpapiere • Namenspapiere 	- 1 348	2 2 316
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen sind folgende Aktiva bestimmt:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Forderungen an Kreditinstitute • Forderungen an Kunden 	4 918 556	6 649 606

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen und Erträge

Die Zinsaufwendungen für die Bildung der Rückstellungen für die Zinsunterdeckung der Programmkredite beliefen sich in 2013 auf 78,4 Mio. € (Vorjahr: 70,6 Mio. €). Die Zinserträge enthalten den zeitanteiligen Verbrauch der entsprechenden Rückstellungen in Höhe von 75,1 Mio. € (Vorjahr: 70,8 Mio. €). Im Zinsaufwand werden Effekte aus der Aufzinsung dieser Rückstellungen in Höhe von 10,2 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €) ausgewiesen.

Zinserträge und -aufwendungen aus derivativen Sicherungsgeschäften wurden im Vorjahr saldiert je Produktgruppe ausgewiesen. Ein Ausweis der Zinsergebnisse je Geschäft als Zinsertrag oder als Zinsaufwand hätte im Vorjahr 1,2 Mrd. € höhere Zinserträge und -aufwendungen ergeben. Die Zinsaufwendungen und Zinserträge aus Derivaten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2013 nun jeweils pro derivativem Vertrag ausgewiesen. Auf eine Anpassung der Vorjahreswerte wurde verzichtet.

Im Vorjahr wurden bei gesicherten Grundgeschäften die Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB und § 250 Abs. 2 und 3 HGB mit Upfront-Zahlungen aus derivativen Verträgen, ohne Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung, verrechnet. Aus der zeitanteiligen Auflösung dieser Unterschiedsbeträge sowie der Upfront-Zahlungen auf Einzelgeschäftsebene wurden in 2013 Zinsaufwendungen in Höhe von 166,8 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) sowie Zinserträge in Höhe von 163,4 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) ausgewiesen.

Erläuterungen der wichtigsten Einzelbeträge nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 RechKredV	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Pos. 5: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Aufwendungen enthalten:		
• Kapitalzuweisung Edmund-Rehwinkel Stiftung	3	2
• Kapitalzuweisung für Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft	3	0
• Zinsaufwand aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen	6	5
Pos. 6: Sonstige betriebliche Erträge		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Erträge enthalten:		
• Mieteinnahmen für bankeigene Gebäude	2	2
• sonstige Erstattungen	1	1
• sonstige Erträge aus Rückstellungsaufösungen	1	2

Im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 6,9 Tsd. € (Vorjahr: 13,0 Tsd. €) enthalten. Im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 7,1 Tsd. € (Vorjahr: 1,0 Tsd. €) ausgewiesen. Diese Währungsumrechnungsposten resultieren ausschließlich aus der Währungsbewertung der Zahlungsverkehrskonten im Ausland.

In den Aufwendungen und Erträgen sind keine wesentlichen periodenfremden Posten enthalten.

Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende und absehbare Marktpreisrisiken genutzt. Das Volumen der Geschäfte ist durch kontrahenten- und produktbezogene Limite begrenzt und wird im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht.

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion bei Verkauf eines Vermögenswertes erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen. Den Bewertungsmodellen liegen beobachtbare Marktparameter zugrunde. Der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile wird auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cashflow Methode) ermittelt. Für die Derivate werden zur Diskontierung neben der OIS-Kurve (Overnight-Interest-Rate-Swap) zusätzlich sog. Basisswap-Spreads und Cross Currency-Basisswap-Spreads (CCY-Basisswap-Spreads) verwendet. Sie werden differenziert nach Laufzeit und Währung von einem externen Marktdatenanbieter bezogen. Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –

Gemäß § 285 Nr. 19 HGB sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt (Netting- und Collateral-Vereinbarungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt):

Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Zinsrisiken				
Zinsswaps	90 086	88 257	1 920	3 730
• davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungs- rechte	497	588	27	1
Swaptions				
• Käufe	-	-	-	-
• Verkäufe	983	984	-	44
Sonstige Zinstermingeschäfte	1	3	1	-
Zinsrisiken – gesamt –	91 070	89 244	1 921	3 774
Währungsrisiken				
Zins-Währungsswaps	37 557	43 514	1 305	1 959
• davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	55	158	5	0
• davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	14	88	0	0
Währungsswaps	2 736	5 186	6	63
Währungsrisiken – gesamt –	40 293	48 700	1 311	2 022
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienindex-Swaps	30	30	4	0
• davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	30	30	4	0
Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt –	30	30	4	0
Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstige Preisrisiken	131 393	137 974	3 236	5 796

Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

Nominalwerte Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
Restlaufzeiten						
• bis drei Monate	4 717	3 878	3 351	10 525	-	-
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	6 541	7 195	3 816	5 126	-	-
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	50 274	47 764	27 513	26 651	30	30
• mehr als fünf Jahre	29 538	30 407	5 613	6 398	-	-
Gesamt	91 070	89 244	40 293	48 700	30	30

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2013
Banken in der OECD	119 187	126 350	2 853	5 351
Sonstige Kontrahenten in der OECD	12 206	11 624	383	445
Gesamt	131 393	137 974	3 236	5 796

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, insbesondere Geschäfte in Fremdwährung, werden bei der Bank zur Deckung von Marktpreisschwankungen abgeschlossen.

Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB zu Bewertungseinheiten

Die Rentenbank setzt zur Absicherung von Währungsrisiken Währungsswaps, Zins-Währungsswaps und Devisentermingeschäfte ein. In der Bilanz erfolgt die Abbildung der Sicherung von Währungsrisiken mittels dispositiven Währungseinheiten gemäß § 254 HGB. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die sogenannte Einfrierungsmethode angewendet.

Zur Messung der Effektivität von Sicherungsbeziehungen wird die „Critical Term Match/Short Cut Methode“ herangezogen, bei der die Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft

gegenübergestellt werden. Die Währungskursschwankungen korrespondierender Grundgeschäfte und Sicherungsderivate verhalten sich jeweils gegenläufig und gleichen sich für den Zeitraum bis zum Ende der jeweiligen Laufzeiten aus. Zum Bilanzstichtag waren Grundgeschäfte wie folgt in dispositiven Währungs-Bewertungseinheiten zusammengefasst:

Bilanzposten	Buchwert in Mio. €		Abgesichertes Risiko
	2013	2012	
Forderungen an Kreditinstitute	44	44	Währung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 980	1 679	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	80	80	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	154	175	Währung
Verbriefte Verbindlichkeiten	38 616	42 812	Währung
Nachrangverbindlichkeiten	320	442	Währung

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats

Im Geschäftsjahr 2013 betragen die Bezüge des Vorstands der Bank 1 572 Tsd. € (Vorjahr: 1 551 Tsd. €). Für die einzelnen Vorstandsmitglieder wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2013 festgesetzt:

Angaben in Tsd. €	Fixe Bezüge	Variable Bezüge	Sonstige Bezüge	Gesamt
Hans Bernhardt	510	245	37	792
Dr. Horst Reinhardt	510	245	25	780

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen sind zum 31.12.2013 insgesamt 14 909 Tsd. € (Vorjahr: 14 466 Tsd. €) zurückgestellt. An laufenden Versorgungsbezügen sind 1 172 Tsd. € (Vorjahr: 1 145 Tsd. €) gezahlt worden. Die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats nahmen im Geschäftsjahr 2013 wie im Vorjahr keine Kredite in Anspruch.

Gemäß der Vergütungsregelung erhalten der Vorsitzende des Verwaltungsrats 30 Tsd. €, sein Stellvertreter 20 Tsd. € und alle weiteren Verwaltungsratsmitglieder jeweils 10 Tsd. € jährliche Grundvergütung. Hinzu treten je Ausschussmitgliedschaft eine Vergütung von 2 Tsd. € bzw. für den jeweiligen Ausschussvorsitzenden 4 Tsd. €.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge unserer Verwaltungsratsmitglieder betragen 298 Tsd. € (Vorjahr 295 Tsd. €, jeweils mit Umsatzsteuer).

In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgeführt (jeweils ohne Umsatzsteuer).

	Mitgliedschaft		Vergütung	
	2013	2012	2013	2012
			Tsd. €	Tsd. €
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender bis 07.11.2013)	01.01. - 07.11.	01.01. - 31.12.	43,4	44,0
Joachim Rukwied (Vorsitzender ab 08.11.2013)	01.01. - 31.12.	29.06. - 31.12.	16,7	5,6
Ilse Aigner*	01.01. - 30.09.	01.01. - 31.12.	16,5	22,0
Dr. Hans-Peter Friedrich*	01.10. - 31.12.	-	5,0	-
Dr. Hermann Onko Aeikens	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	10,0	10,0
Dr. Helmut Born	01.01. - 30.09.	01.01. - 31.12.	10,5	14,0
Georg Fahrenschoen	01.01. - 31.12.	05.07. - 31.12.	12,0	5,6
Udo Folgart	08.11. - 31.12.	-	2,0	-
Heinrich Haasis	-	01.01. - 04.07.	-	7,0
Dr. Robert Habeck	01.01. - 31.12.	14.06. - 31.12.	10,0	5,4
Dr. Werner Hildenbrand	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	10,0	10,0
Werner Hilse	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Ulrike Höfken	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	10,0	10,0
Wolfgang Kirsch	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Dr. Robert Kloos	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Bernhard Krüsken	01.10. - 31.12.	-	3,2	-
Franz-Josef Möllers	-	01.01. - 28.06.	-	6,0
Klaus-Peter Müller	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	16,0	16,0
Manfred Nüssel	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Dr. Juliane Rumpf**	-	01.01. - 13.06.	-	4,6
Harald Schaum	27.12. - 31.12.	-	-	-
Brigitte Scherb	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Norbert Schindler	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	10,6
Dr. Klaus Stein	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Klaus Wiesehügel	01.01. - 30.09.	01.01. - 31.12.	9,0	12,0
Gesamtvergütung			264,3	260,8

* direkte Spende an den Förderverein Caritas Kinderdorf Irschenberg e. V.

** oder Vertreter

Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nach § 267 Abs. 5 HGB

Personalbestand	2013			2012		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	132	80	212	129	81	210
Teilzeitbeschäftigte	5	39	44	4	36	40
Insgesamt	137	119	256	133	117	250

Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

	Eigenkapital Mio. € 31.12.2013	Anteil am Kapital %	Ergebnis Mio. € 2013
LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	58,8	100,0	+2,4
Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main (in Abwicklung)	7,6*	25,1	-0,2*
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	11,7	100,0	-0,3
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	63,2*	6,3	+4,6*

*) 31.12.2012

Auf die Nennung weiterer Gesellschaften nach § 285 Nr. 11 HGB haben wir gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB verzichtet, weil sie für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Rentenbank hat sich in Form einer Patronatserklärung verpflichtet, sofern und solange sie 100 % der Anteile an der LR Beteiligungsgesellschaft mbH hält, diese finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.

Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind im Konzernanhang enthalten.

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes ist auf der Internetseite der Rentenbank öffentlich zugänglich.

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss sind auf der Internetseite der Rentenbank sowie im Bundesanzeiger verfügbar und können darüber hinaus am Standort der Bank angefordert werden.

In der folgenden Übersicht werden die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB), die von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern der Rentenbank wahrgenommen werden, gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB aufgeführt:

Hans Bernhardt	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin (Mitglied des Aufsichtsrats)
Dr. Horst Reinhardt	VR-LEASING AG, Frankfurt am Main (Mitglied des Aufsichtsrats)
Lothar Kuhfahl	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover (Mitglied des Aufsichtsrats)

Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats

Vorstand	Dr. Horst Reinhardt (Sprecher), Dipl.-Volksw., MBA Hans Bernhardt, Dipl.-Kfm.
Verwaltungsrat	Joachim Rukwied
Vorsitzender:	Präsident des Deutschen Bauernverbands e.V., Berlin (ab 08.11.2013)
	Gerd Sonnleitner Ehrenpräsident des Deutschen Bauernverbands e.V., Berlin (bis 07.11.2013)
Stellvertreter/in des	Ilse Aigner, MdB
Vorsitzenden:	Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin (bis 30.09.2013)
	Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin (01.10.2013 bis 17.02.2014)
	Christian Schmidt, MdB Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin (ab 17.02.2014)
Vertreter des Deutschen	Dr. Helmut Born
Bauernverbands e.V.:	Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands e.V., Berlin (bis 30.09.2013)
	Bernhard Krüsken Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands e.V., Berlin (ab 01.10.2013)
	Udo Folgart Präsident des Landesbauernverbands Brandenburg e.V., Teltow/Ruhlsdorf (ab 08.11.2013)

Werner Hilse
Präsident des Landvolk Niedersachsen-
Landesbauernverbands e.V., Hannover

Brigitte Scherb
Präsidentin des Deutschen
LandFrauenverbands e.V., Berlin

Norbert Schindler, MdB
Präsident des Bauern- und Winzerverbands
Rheinland-Pfalz Süd e.V., Berlin

**Vertreter des Deutschen
Raiffeisenverbands e.V.:**

Manfred Nüssel
Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands e.V., Berlin

**Vertreter der
Ernährungswirtschaft:**

Dr. Werner Hildenbrand
Sprecher GF Hengstenberg GmbH & Co KG
Stv. Vorsitzender des Vorstands der Bundesvereinigung
der Deutschen Ernährungsindustrie e.V., Berlin

**Landwirtschaftsminister
der Länder:**

Rheinland-Pfalz:

Ulrike Höfken
Staatsministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung,
Weinbau und Forsten, Mainz (bis 31.12.2013)

Sachsen-Anhalt:

Dr. Hermann Onko Aeikens
Minister für Landwirtschaft und Umwelt des Landes
Sachsen-Anhalt, Magdeburg (bis 31.12.2013)

Schleswig-Holstein:

Dr. Robert Habeck
Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und
ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 31.12.2013)

Bayern:	Helmut Brunner Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München (ab 01.01.2014)
Brandenburg:	Jörg Vogelsänger Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft, Potsdam (ab 01.01.2014)
Bremen:	Martin Günthner Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Bremen (ab 01.01.2014)
Vertreter der Gewerkschaften:	Klaus Wiese­hügel Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main (bis 30.09.2013)
	Harald Schaum stellv. Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main (ab 27.12.2013)
Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft:	Dr. Robert Kloos Staatssekretär, Berlin
Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:	Dr. Klaus Stein Ministerialdirigent, Berlin

**Vertreter von Kredit-
instituten oder andere
Kreditsachverständige:**

Georg Fahrenschon
Präsident des Deutschen Sparkassen- und
Giroverbands e. V., Berlin

Wolfgang Kirsch
Vorsitzender des Vorstands der DZ BANK AG Deutsche
Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main

Klaus-Peter Müller
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Commerzbank AG,
Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, den 4. März 2014

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK
Der Vorstand

Dr. Reinhardt

Bernhardt

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 4. März 2014

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand

Dr. Reinhardt

Bernhardt

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den zusammengefassten Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 4. März 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard
Wirtschaftsprüfer

Liebermann
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31. Dezember 2013 sind durch die KPMG AG –Wirtschaftsprüfungsgesellschaft-, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht wurden zum 31. Dezember 2013 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die KPMG AG - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Berlin, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von den Prüfungsergebnissen zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive des ergänzenden zusammengefassten Lageberichts sowie den Geschäftsbericht 2013 für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss mit dem zusammengefassten Lagebericht 2013 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend den zusammengefassten Lagebericht 2013.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, 48 510 808,63 € entnommen und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von 53 000 000 € werden 39 750 000 € der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den verbleibenden Bilanzgewinn von 13 250 000 € in der Weise zu verwenden, dass 6 625 000 € dem Zweckvermögen des Bundes zugeführt werden und 6 625 000 € dem Förderungsfonds zufließen.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Frankfurt am Main, den 27. März 2014

DER VERWALTUNGSRAT

DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK

Der Vorsitzende

Joachim Rukwied

Landwirtschaftliche Rentenbank
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 2107-0
Telefax 069 2107-6444
office@rentenbank.de
www.rentenbank.de